

# *Jahresabschluss und Lagebericht 2016*

[www.ibb.de](http://www.ibb.de)

Lagebericht .....	3
Grundlagen .....	3
Wirtschaftsbericht .....	6
Nachtragsbericht .....	15
Prognose-, Chancen- und Risikobericht .....	15
Jahresabschluss .....	33
Bilanz zum 31. Dezember 2016 .....	33
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 .....	35
Anhang für das Geschäftsjahr 2016 .....	37
Allgemeine Angaben .....	37
Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz .....	40
Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung .....	46
Außerbilanzielle Transaktionen .....	48
Sonstige Angaben .....	50
Organe der Investitionsbank .....	52
Mandate der Mitglieder des Vorstands der Investitionsbank Berlin .....	53
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	54
Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....	55
Impressum .....	56

Der hier wiedergegebene Jahresabschluss für die Investitionsbank Berlin (Einzelabschluss) ist nach handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Daneben hat die Investitionsbank Berlin zum 31.12.2016 auch einen Konzernabschluss auf Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt, den Sie ebenfalls auf den Internetseiten der Investitionsbank Berlin finden.

---

# Lagebericht

## Grundlagen

Die Investitionsbank Berlin (IBB), Anstalt öffentlichen Rechts, ist die Förderbank des Landes Berlin. Träger der IBB ist das Land Berlin. Auf der Grundlage des IBB-Gesetzes vom 25.05.2004 unterstützt sie das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Die Aufgaben der IBB fallen unter die Grundsätze der EU-Kommission für die Geschäftstätigkeit von Förderinstituten (Absprache der Bundesrepublik mit der EU-Kommission vom 27.03.2002, der so genannten Verständigung II). Sie verfügt über eine Anstaltslast, eine Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin und eine Privilegierung nach Artikel 116 Abs. 4 CRR (früherer Solva-o-Status) sowie über ein Institutsrating der Ratingagentur Fitch mit der bestmöglichen Bonitätsstufe „AAA“. Von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurde sie im August 2016 als potenziell systemgefährdendes Institut (PSI) im Sinne des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) eingestuft. Gegen diese Einstufung hat die IBB Widerspruch eingelegt. Die sofortige Vollziehung des Bescheides wurde in der Folge seitens der BaFin im Dezember 2016 ausgesetzt.

Die Bank stellt unter Beachtung der EU-beihilferechtlichen Vorschriften Finanzmittel bereit bzw. führt Fördermaßnahmen insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, des Klimaschutzes und der Infrastrukturförderung durch. Dabei agiert sie wettbewerbsneutral in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und Risikokapitalgebern. Sie verfügt über ein Förderproduktportfolio bestehend aus revolvingierenden Instrumenten in Form von Darlehen, Mezzanine Kapital sowie Beteiligungen, Zuschussprogrammen sowie Beratungsleistungen. Die IBB refinanziert sich an den Geld- und Kapitalmärkten und setzt Mittel aus öffentlichen Haushalten des Landes, des Bundes und der EU ein.

## Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie

Das übergeordnete Unternehmensziel der IBB definiert sich durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag. Die IBB-Gruppe verfolgt in Umsetzung ihres Förderauftrages das folgende Geschäftsmodell:

- Förderung der Berliner Wirtschaft, von Wohnimmobilien und Wohnungsneubau und Klimaschutzmaßnahmen
- Einsatz von revolvingierenden Finanzinstrumenten, Darlehen, Mezzaninen Finanzierungen, Beteiligungen, Bürgschaften und Zuschüssen sowie Beratungsleistungen
- Übernahme weiterer Aufgaben für das Land Berlin als Dienstleister
- Effizientes und kostenbewusstes Management der Darlehensbestände, insbesondere aus der Immobilienförderung des Landes Berlin/der IBB
- Erwirtschaftung von Erträgen aus der Übernahme von Kreditrisiken, der Liquiditätssteuerung, Fristentransformation sowie Eigenanlagen zur Unterstützung der Förderaufgaben, die im Rahmen des Berlin-Beitrages mit dem Land jährlich abgestimmt und abgerechnet werden
- Jederzeitige Einhaltung aller aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen

Die Geschäftsstrategie setzt sich aus den folgenden Teilen zusammen:

Im allgemeinen Teil werden insbesondere die Ziele und Maßnahmen – inkl. Digitalisierung – sowie der Governance-Framework der IBB dargelegt. Im zweiten Teil werden die Teilstrategien der drei Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung sowie Bankbuch inkl. Treasury behandelt. Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung erfolgt die Beratung zu den Wirtschaftsförderprodukten sowie deren Vertrieb. Zielgruppen sind insbesondere Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie innovative Unternehmen, die in den Berliner Zukunftsfeldern agieren. Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung erfolgt der Vertrieb der Immobilienförderprodukte im Rahmen der förderpolitischen Zielsetzung des Landes.

Zielgruppen sind insbesondere städtische und börsennotierte Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, private Immobilieninvestoren und -gesellschaften, Geschäftsbanken, Kooperations- und Vertriebspartner sowie Privatkunden. Das Geschäftsfeld Bankbuch inkl. Treasury dient der Unterstützung zur Erfüllung der Förderaufgaben der IBB, indem es für das Management der Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken des Fördergeschäfts zuständig ist. Darüber hinaus hat das Bankbuch inkl. Treasury ein angemessenes Liquiditätsportfolio zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank sowie zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffern ergebnisorientiert zu managen. Inhalt des dritten Teils sind die Funktionalstrategien für die Betriebsorganisation, das Personalmanagement sowie die Unternehmenskommunikation.

Die Risikostrategie, die IT- sowie die Vergütungsstrategie sind in separaten Dokumenten fixiert. Die Risikostrategie gibt die risikoseitigen Leitplanken für die Umsetzung der Geschäftsstrategie vor, indem sie den Handlungsrahmen definiert, wie Risiken zu steuern sind. Im Rahmen der IT-Strategie wird das Ziel verfolgt, auch im Zeitalter der Digitalisierung den Förderauftrag (kosten-) effizient und sicher zu erfüllen. Schwerpunkte der Vergütungsstrategie sind die Einhaltung einer stabilen Vergütungspraktik, eine leistungs- und marktgerechte Vergütung der Beschäftigten und die Risikobetrachtung im Zusammenhang mit variablen Vergütungsbestandteilen.

### Unternehmensstruktur

Organe der IBB sind der Vorstand sowie der Verwaltungsrat. Die IBB verfügt des Weiteren über einen Beirat. Die IBB gliedert sich in vier Unternehmensbereiche, durch welche die Trennung von Markt und Marktfolge gewährleistet ist. Der Vorstand führt die Geschäfte der IBB in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der vom Verwaltungsrat beschlossenen Richtlinien sowie der für ihn geltenden Geschäftsordnung.

### Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerung der Bank erfolgt nach bank- und betriebswirtschaftlich üblichen Steuerungskonzepten und -methoden. In Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit steht für die IBB die nachhaltige Unterstützung des Landes Berlin bei struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Vordergrund.

Eine Rahmenbedingung für die Steuerung ist die dauerhafte und nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals der Bank. Die IBB definiert diesen Wert als bilanzielles Eigenkapital in all seinen Komponenten zuzüglich seiner Vorsorgereserven.

Als erfolgsorientierte **Steuerungsgrößen** bzw. **finanzielle Leistungsindikatoren** der IBB dienen dabei insbesondere:

- ↳ das Neugeschäftsvolumen
- ↳ das wirtschaftliche Ergebnis
- ↳ die Förder-Cost-Income-Ratio
- ↳ die Gesamtkapitalquote.

Dem öffentlichen Förderauftrag folgend ist das **Neugeschäftsvolumen** in den Geschäftsfeldern Immobilien- und Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung eine wesentliche Kenngröße. Zur Steuerung der zukünftigen strategischen Wachstumsschritte im Fördergeschäft ermittelt die Bank das Neugeschäftsvolumen gegliedert nach Förderprogrammen. Das Neugeschäftsvolumen beinhaltet in erster Linie alle ausgesprochenen Neuzusagen und wird durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen in bestehenden Förderengagements ergänzt.

Das **wirtschaftliche Ergebnis** ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrages. Im Berlin-Beitrag werden die für die Bank wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt. Die Steuerung des wirtschaftlichen Ergebnisses erfolgt auf Gesamtbankebene. Dabei ist die Tätigkeit der IBB nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Die **Förder-Cost-Income-Ratio**, unter Berücksichtigung des Berlin-Beitrages, ermittelt sich aus dem Quotienten aus den Verwaltungsaufwendungen und den operativen Erträgen. Dabei beinhalten die operativen Erträge außer dem Zins- und Provisionsüberschuss das sonstige betriebliche Ergebnis inkl. des Berlin-Beitrages.

Neben dem ökonomischen Kapital, das als maßgebliche Risikosteuerungsgröße im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung von Bedeutung ist, dient die **Gesamtkapitalquote**, berechnet nach den Vorgaben der Capital Requirements Regulation (CRR) als Quotient von haftendem Eigenkapital und der Summe der Risikoaktiva, als weitere wesentliche Steuerungsgröße der IBB.

Für alle Kennzahlen gibt es Planwerte, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung regelmäßig Plan-Ist-Vergleichen unterzogen werden, sowie Szenario- und Prognoserechnungen, um entsprechende Steuerungsimpulse setzen zu können.

Außer den finanziellen Leistungsindikatoren definiert die IBB als **nichtfinanziellen Leistungsindikator** die qualitative Entwicklung ihrer Mitarbeiter. Dabei sind für den Geschäftserfolg der Bank die Leistungen aller Mitarbeiter wesentlich. Hier unterstützt die Bank ihre Mitarbeiter durch vielfältige Personalentwicklungsmaßnahmen.

Neue Entwicklungen wie die immer komplexere Bankenregulation sowie der demografische Wandel erfordern auch personell eine hohe Flexibilität. Daher investiert die Bank im Rahmen eines jährlichen Weiterbildungsprogramms in die kontinuierliche Förderung und Entwicklung ihrer Beschäftigten und qualifiziert diese für künftige Herausforderungen.

Wie in den vergangenen Jahren wurden die Mitarbeiter durch systematisch abgeleitete Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen qualifiziert. Außer fachlichen und methodischen Themen wurden auch persönliche und soziale Kompetenzen der Mitarbeiter gestärkt. Die Beschäftigten der IBB nahmen hierbei sowohl an Qualifizierungsmaßnahmen bei externen Anbietern als auch an intern entwickelten Spezialprogrammen teil. Rechtlich relevante Themen wurden u. a. über spezielle computerunterstützte Trainingsprogramme (CBT-Programme) abgebildet. Im Durchschnitt investierten die Beschäftigten jeweils rund 3,7 Tage in (seminarbasierte) Weiterbildung.

In Ergänzung dazu lag im Berichtsjahr aufgrund verschiedener organisatorischer Veränderungen ein Schwerpunkt auf Maßnahmen der begleitenden Organisationsentwicklung sowie Teamentwicklung.

### Nachhaltigkeitsbericht

Für die IBB als Förder- und Strukturbank des Landes Berlin ist die Nachhaltigkeit ein implizierter Bestandteil des Geschäftsmodells. Die entsprechenden Ziele und Herausforderungen, die die Grundlage für unser nachhaltiges Handeln bilden, sind in einem gesonderten Nachhaltigkeitsbericht fixiert, der regelmäßig aktualisiert wird.

## Wirtschaftsbericht

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft wuchs 2016 vor dem Hintergrund zahlreicher Unwägbarkeiten lediglich in einem moderaten Tempo. Neben der Brexit-Entscheidung im Vereinigten Königreich sowie dem gescheiterten Verfassungsreferendum und der Bankenkrise in Italien sind zuletzt Unsicherheiten über die Neuausrichtung der US-Politik nach der Wahl des neuen Präsidenten hinzugekommen. Aber auch die schwierigen Transformationsprozesse in China haben die globale wirtschaftliche Entwicklung belastet. Zwar haben die seit Anfang 2016 zweistellig ausgeweiteten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen der chinesischen Konjunktur im Jahresverlauf Impulse gegeben. Problematisch waren jedoch die Exportschwäche und die Überhitzung des Immobiliensektors. Die US-Wirtschaft konnte ihre Ungleichgewichte 2016 weiter abbauen und zuletzt wieder auf einen robusten Wachstumskurs einschwenken. Mit schneller steigenden Löhnen kam der Aufschwung mehr und mehr bei der breiten Bevölkerung an. Die Wahl des neuen Präsidenten und die dadurch ausgelösten Hoffnungen auf einen spürbaren Schub für die Konjunktur haben zum Jahresende die positive Stimmung weiter verstärkt.

Im Euroraum hat sich das Wachstum im Jahr 2016 mit einer Rate von 1,7 % nach zwei relativ guten Jahren normalisiert. Hier hat auch die extrem lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zum konjunkturellen Aufschwung beigetragen. Ein Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik wird immer schwieriger, zumal auch die Inflationsrate nach wie vor von der EZB-Zielvorstellung von knapp unter 2 % entfernt ist. Die in den meisten Ländern der Währungsunion hohe Arbeitslosigkeit hielt die Inflation auch 2016 niedrig. In diesem Umfeld nahm die EZB lediglich sanfte Kursänderungen vor. So verlängerte sie ihr Ankaufprogramm (APP) im Dezember zwar um weitere neun Monate bis Ende 2017, verband dies aber mit einer Rücknahme des Ankaufvolumens um 20 Mrd. Euro auf künftig monatlich 60 Mrd. Euro. Weitere Bausteine waren der Wegfall der für Ankäufe geforderten Mindestrendite sowie die Einbeziehung von Anleihen mit sehr kurzen Laufzeiten in das APP. Beide Maßnahmen mildern den Nachfragedruck in den langen Laufzeitbändern und trugen damit zu einer Normalisierung der Zinsstrukturkurve bei.

In Deutschland setzte sich der konjunkturelle Aufschwung 2016 fort. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. Es verzeichnete damit das stärkste Wachstum seit fünf Jahren. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung im Jahr 2016 war der Konsum. Der kräftige Anstieg der staatlichen Konsumausgaben ist unter anderem auf die hohe Zuwanderung von Asylsuchenden und die daraus resultierenden Kosten zurückzuführen.

Das Berliner Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2016 mit einer Steigerungsrate von 3,0 % erneut überdurchschnittlich stark gewachsen sein. Ausschlaggebend für das kräftige Wachstum waren vielfältige Entwicklungen: Niedrige Zinsen, eine nach wie vor wachsende Bevölkerung, ein weiterhin boomender Tourismus, kräftige Lohn- und Rentenerhöhungen sowie eine hohe Konsumneigung haben der Konjunktur kräftige Impulse verschafft. Aber auch das Wachstum im Außenhandel trug 2016 zum dynamischen Wirtschaftsverlauf in Berlin bei. Die größten Wachstumsimpulse kamen aber aus dem Baubereich, wo viele Unternehmen bereits an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten, sowie aus den unternehmensnahen Dienstleistungen. Vor allem in der Digitalen Wirtschaft wurde das Personal zuletzt deutlich aufgestockt. Hier wird inzwischen auf Vorrat eingestellt, weil gut ausgebildete Mitarbeiter für spezifische IT-Themen immer schwerer zu finden sind.

Zwar sind in Berlin immer noch rund 170.000 Arbeitssuchende gemeldet, doch bietet der Berliner Arbeitsmarkt inzwischen vielen Menschen Jobmöglichkeiten. Dafür spricht die aktuell hohe Nachfrage nach Arbeitskräften, auch in den unterdurchschnittlich entlohnten Bereichen. Die Berliner Arbeitslosenquote lag 2016 mit 9,8 % deutlich unter Vorjahresniveau und zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung unter der Marke von 10 %. Wie stark sich der Arbeitsmarkt verbessert hat, wird auch an den Beschäftigtenzahlen sichtbar. Insgesamt waren rund 47.000 mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als ein Jahr zuvor. Mit dieser Steigerung von 3,5 % liegt Berlin deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt. Innerhalb von drei Jahren sind in Berlin rund 130.000 neue Arbeitsplätze entstanden, vor allem in den verschiedenen Bereichen der Digitalen Wirtschaft.

Ein Bereich, der sich innerhalb der Digitalen Wirtschaft 2016 besonders rasant entwickelte, ist die technologiegetriebene Erstellung von neuartigen Lösungen für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Als wichtiger Start-up-Standort nimmt Berlin auch in diesem Teilbereich der Digitalen Wirtschaft deutschlandweit die führende Position ein und ist im internationalen Maßstab weithin sichtbar. Dies dokumentieren die zahlreichen Fintech-Neugründungen, die anhaltende Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften und der beachtliche Zufluss an Wagniskapital. Auch 2016 dominierte Berlin die Start-up-Szene in Deutschland. Von insgesamt 1,9 Mrd. Euro Risikokapital konnten Berliner Start-ups mit rund 1 Mrd. Euro mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Volumens einsammeln. Im Europäischen Vergleich lag Berlin 2016 an dritter Stelle – gleich hinter London und Paris.

Dagegen entwickelten sich die Umsätze in der klassischen Industrie im Jahresverlauf 2016 eher schleppend. Gleichwohl wurden 2016 deutlich mehr Berliner Waren exportiert, vor allem aufgrund gesteigener Ausfuhren nach USA, China und Ägypten. Der starke Anstieg der Berliner Warenexporte ist vor allem auf die Ausfuhren von Kraftmaschinen und Kraftfahrzeugteilen zurückzuführen. Zur Warengruppe der Kraftmaschinen gehören u.a. auch Gasturbinen. Eine sehr starke Stütze waren auch 2016 die Ausfuhren in die USA, dem seit langen wichtigsten Berliner Exportland (Anteil an allen Exporten: 13 %). In die USA werden vor allem Pharmazeutische Produkte, Motorräder sowie Geräte zum Ausbau der elektrischen Infrastruktur geliefert. Im Jahr 2016 stützte der niedrige Euro-Kurs die Berliner Exporte in die USA.

Die größten Wachstumsimpulse kamen 2016 jedoch aus dem Baubereich. Im Gegensatz zur Entwicklung in der Industrie waren die Auftragsbücher der Berliner Bauunternehmen auch 2016 prall gefüllt. Die Zahl der Auftragseingänge stieg um nahezu 40 %. In der Folge konnte somit der höchste Auftragsbestand seit 16 Jahren verzeichnet werden. Vor dem Hintergrund des anhaltend starken Wachstums der Berliner Bevölkerung entfällt fast die Hälfte der bauwirtschaftlichen Auftragseingänge auf den hauptstädtischen Wohnungsbau. Alles in allem stiegen die Auftragseingänge im gesamten Berliner Bauhauptgewerbe 2016 in den Sparten Wohnungsbau, Wirtschaftsbaubau sowie Öffentlicher Bau auf rund 2,5 Mrd. Euro.

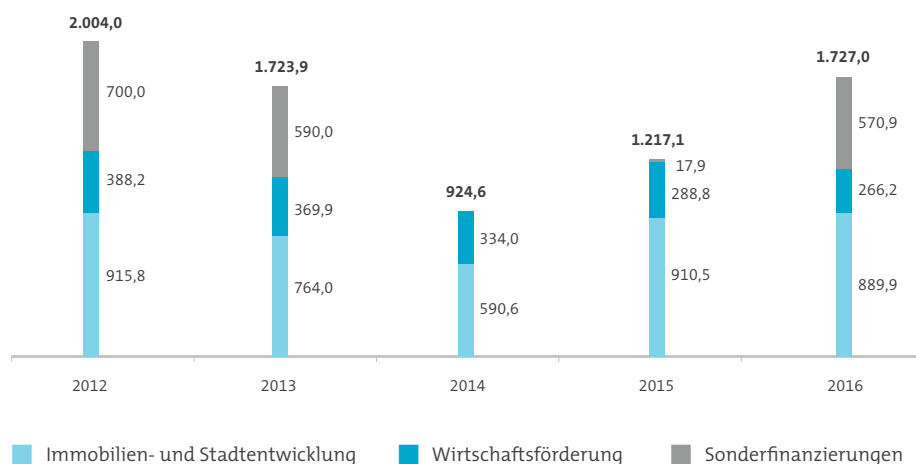
### Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2016 war geprägt durch die unverändert andauernde Niedrigzinsphase. Zugleich spiegelte eine hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen die anziehende Investitionstätigkeit der Berliner Wirtschaft wider.

Der Schwerpunkt der Förderaktivitäten lag im abgelaufenen Berichtsjahr bei mittelständischen Unternehmen, Existenzgründern und Maßnahmen in der Wohnraumförderung. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich das Neugeschäftsvolumen um 42 % auf 1.727,0 Mio. Euro (Vorjahr 1.217,1 Mio. Euro).

## Entwicklung des Neugesäftsvolumens

für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Mio. Euro



Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** hat die IBB als Partner der Berliner Immobilien- und Wohnungswirtschaft Finanzierungszusagen in Höhe von 889,9 Mio. Euro gegeben (Vorjahr 928,4 Mio. Euro inklusive Sondergeschäft). Damit ist der Wert im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben. Der ambitionierte Planwert unseres Neugeschäftes wurde zu 88 % erreicht.

Die Förderung des Wohnungsneubaus konnte erheblich ausgeweitet werden. Insgesamt wurden Darlehen in Höhe von 276,4 Mio. Euro (Vorjahr 119,4 Mio. Euro) zugesagt. Erneut nachgefragt waren mit 47,0 Mio. Euro (Vorjahr 52,5 Mio. Euro) die öffentlichen Baudarlehen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung sowie insbesondere die ergänzenden Förderfinanzierungen in Höhe von 176,2 Mio. Euro (Vorjahr 52,9 Mio. Euro).

Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ hat die IBB Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen begleitet. Entgegen den Erwartungen reduzierte sich das Neugesäftsvolumen von 73,9 Mio. Euro auf 41,0 Mio. Euro. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken bei Konsortialfinanzierungen (222,2 Mio. Euro; Vorjahr 154,6 Mio. Euro) konnte der Rückgang jedoch mehr als kompensiert werden.

Darüber hinaus unterstützt die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten. Durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken wurden Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 250,9 Mio. Euro ausgesprochen, Vorjahreswert (440,3 Mio. Euro).

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** sorgte das anhaltende konjunkturelle Wachstum und die hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen für eine deutlich erhöhte Inanspruchnahme einzelner Förderprogramme. Insgesamt konnten durch die Wirtschaftsförderung Finanzierungszusagen für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 837,1 Mio. Euro (Vorjahr 288,8 Mio. Euro) ausgesprochen werden.

Der deutliche Anstieg ist in Höhe von 570,9 Mio. Euro auf die Finanzierung des Flughafens Berlin Brandenburg zurückzuführen. Davon entfallen 300,9 Mio. Euro auf die vorfristige Prolongation des bereits bestehenden Kreditvolumens.



Das „IBB Wachstumsprogramm“, in dem langfristige Darlehen für typische Investitionsvorhaben im Mittelstand zu vergünstigten Konditionen vergeben werden, ist mit Zusagen von 136,9 Mio. Euro nach wie vor das volumenstärkste Programm. Gegenüber dem Vorjahr (125,0 Mio. Euro) konnte das Neugeschäftsvolumen für größere Investitionen und Unternehmenserweiterungen, Um-, Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen noch einmal gesteigert werden.

Einen weiteren wichtigen Anteil am Jahresergebnis hat die Technologieförderung mit dem Programm Pro FIT. Im Berichtsjahr wurden Darlehen und Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 38,2 Mio. Euro (Vorjahr 41,9 Mio. Euro) zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den Clustern Informations- und Kommunikationstechnik/Medien/Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Mobilität und Logistik sowie Energietechnik und Optische Technologien zugesagt.

Mit Bewilligungen in Höhe von 51,1 Mio. Euro konnte das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) das Ergebnis des Vorjahres (61,7 Mio. Euro) nicht erreichen. Dennoch nutzten im Geschäftsjahr erneut viele Berliner Unternehmen diese attraktiven Zuschussmittel für gewerbliche Investitionen und leisteten somit einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen.

## Lage der Bank

### Ertragslage

Die Bank blickt erneut auf ein solides Geschäftsjahr zurück.

Das über den Erwartungen liegende **wirtschaftliche Ergebnis** von 52,5 Mio. Euro (Vorjahr 110,1 Mio. Euro) ermöglichte durch Sondereffekte Maßnahmen zur Stärkung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und die erstmalige Dotierung eines Berlin-Förder-Fonds (45,0 Mio. Euro) zur nachhaltigen Unterstützung der wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten der IBB.

Die Ertragslage der IBB wird durch die nachfolgende Ergebnisrechnung verdeutlicht. In dieser werden wie im Vorjahr einzelne in der handelsrechtlichen GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgegliedert bzw. ergänzt.

- Hiervon betroffen sind **Bewertungseffekte** aus der Amortisierung von Kursaufschlägen bei hochverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 18,5 Mio. Euro (Vorjahr 22,0 Mio. Euro). Diese wurden aus ökonomischen Gesichtspunkten aus dem Zinsergebnis in das Bewertungsergebnis umgegliedert.
- Des Weiteren sind Aufwendungen der IBB, die dem Land als **Berlin-Beitrag** gestellt werden, betroffen.

In diesem Zusammenhang werden 12,0 Mio. Euro (Vorjahr 14,3 Mio. Euro) aus dem GuV-Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ und 2,1 Mio. Euro (Vorjahr 2,9 Mio. Euro) aus der Risikovorsorge als Berlin-Beitrag berücksichtigt. Darüber hinaus fließen die unentgeltlich erbrachten Leistungen der IBB (14,6 Mio. Euro, Vorjahr 14,4 Mio. Euro) ausschließlich kalkulatorisch in die Ergebnisrechnung ein. Diese Leistungen werden als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet.

in Mio. Euro	2016	2015	Veränderung	
			absolut	in %
Zinsüberschuss	123,3	129,8	-6,5	-5,0
Provisionsüberschuss	3,1	4,6	-1,6	-34,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	86,2	67,1	19,1	28,4
<b>Operative Erträge</b>	<b>212,6</b>	<b>201,6</b>	<b>11,0</b>	<b>5,5</b>
Verwaltungsaufwand	-80,0	-81,3	1,3	1,6
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis</b>	<b>132,5</b>	<b>120,2</b>	<b>12,3</b>	<b>10,2</b>
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-35,0	-10,2	-24,8	-244,5
Zuführung Berlin-Förder-Fonds	-45,0	0,0	-45,0	-
<b>Wirtschaftliches Ergebnis</b>	<b>52,5</b>	<b>110,1</b>	<b>-12,5</b>	<b>-52,3</b>
Berlin-Beitrag	-28,7	-31,6	2,9	9,1
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>23,8</b>	<b>78,5</b>	<b>-54,7</b>	<b>-69,6</b>

#### Operative Erträge

Der **Zinsüberschuss** liegt mit 123,3 Mio. Euro moderat unter dem des Vorjahres (129,8 Mio. Euro). Er entwickelte sich erneut aufgrund kurzfristig vorteilhafterer Refinanzierungskonditionen weniger rückläufig, als angesichts des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus erwartet worden war. Der Zinsüberschuss blieb damit unverändert die wichtigste Ertragsquelle der IBB.

Der **Provisionsüberschuss** (3,1 Mio. Euro, Vorjahr 4,6 Mio. Euro) ist maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen der Immobilienförderung geprägt. Dass die Vorjahreswerte unterschritten werden, wird auf das erwartungsgemäße Auslaufen von Förderungen in 2016 zurückgeführt.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** wurde im Berichtsjahr erneut durch Sondereffekte beeinflusst. Nach richtlinienkonformer Verwendung konnten bislang passivierte EFRE-Verbindlichkeiten in Höhe von rund 70 Mio. Euro nunmehr als Zuschuss in der GuV vereinnahmt werden. Weitere 12,5 Mio. Euro resultierten aus nicht rückzahlbaren Zuschüssen für die VC-Fonds, die die IBB 2016 erhalten hat und die zur Eigenkapitalstärkung vollständig thesauriert und der Zweckerücklage der IBB zugeführt werden sollen.

Damit übersteigt das Ergebnis sowohl die Vorjahreswerte als auch die Planwerte deutlich.

#### Verwaltungsaufwand

Der deutlich unter den Erwartungen liegende Verwaltungsaufwand, der neben dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf das Anlagevermögen umfasst, ist gegenüber dem Vorjahr um 2 % auf -80,0 Mio. Euro (Vorjahr -81,3 Mio. Euro) gesunken.

Der Personalaufwand -50,4 Mio. Euro, (Vorjahr -49,1 Mio. Euro) entwickelte sich insgesamt planmäßig.

Eine unverändert hohe Kostendisziplin, verbunden mit einer gesunkenen bankaufsichtsrechtlichen Umlage, reduzierte den Sachaufwand um 2,5 Mio. Euro auf -25,4 Mio. Euro (Vorjahr -27,9 Mio. Euro). Damit liegt der Sachaufwand zudem unter den operativen Planwerten.

Inklusive der Sondereffekte im sonstigen betrieblichen Ergebnis ergibt sich eine **Förder-Cost-Income-Ratio** von 37,7 %. Ohne Sondereffekte beläuft sich diese auf 59,7 % (Vorjahr 54,6 %) und unterschreitet damit deutlich den Planwert. Im Vorjahr wurde eine deutliche Erhöhung der Förder-Cost-Income-Ratio durch rückläufige Erträge bedingt durch die weiter andauernde Niedrigzinsphase prognostiziert.

#### Risikovorsorge/Bewertungen

Eine positive Veränderung der Bonitätsstruktur der Kreditnehmer und das erneute Ausbleiben spürbarer Kreditausfälle ließen den Aufwand für die Risikovorsorge sinken. Das auf Planniveau liegende Bewertungsergebnis beträgt –10,0 Mio. Euro (Vorjahr –10,2 Mio. Euro) und beinhaltet die Dotierung von allgemeinen Vorsorgereserven in Höhe von 18,1 Mio. Euro (Vorjahr 29,2 Mio. Euro). Darüber hinaus konnten weitere 25,0 Mio. Euro aus der Ausbuchung der EFRE-Verbindlichkeiten zur Stärkung der Vorsorgereserven verwendet werden, so dass die Zuführung zur § 340 f HGB-Reserve 43,1 Mio. Euro beträgt. Damit konnte die IBB ihr operatives Ergebnis erneut nutzen, um strategiekonform die Risikotragfähigkeit zu stärken.

#### Berlin-Förder-Fonds

Im Geschäftsjahr erfolgte mit 45,0 Mio. Euro die erstmalige Dotierung eines Berlin-Förder-Fonds zur Unterstützung der wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten der IBB im Rahmen des zukünftig zu erbringenden Berlin-Beitrages. Die Dotierung des Fonds spiegelt sich in den Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (§340 g HGB) wider.

#### Wirtschaftliches Ergebnis

Die operativen Ergebniserwartungen der einzelnen Segmente wurden erfüllt:

in Mio. Euro	IBB gesamt		Immobilien- und Stadtentwicklung		Wirtschafts- förderung		Bankbuch		Corporate Center	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zinsüberschuss	123,3	129,8	63,6	63,1	9,0	9,6	40,4	58,2	10,3	-1,0
Provisionsüberschuss	3,1	4,6	2,8	4,4	0,6	0,7	-0,4	-0,4	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	86,2	67,1	-12,2	-18,1	15,8	29,8	0,0	0,0	82,6	55,4
<b>Operative Erträge</b>	<b>212,6</b>	<b>201,6</b>	<b>54,2</b>	<b>49,4</b>	<b>25,5</b>	<b>40,1</b>	<b>40,0</b>	<b>57,7</b>	<b>92,9</b>	<b>54,4</b>
Verwaltungsaufwand	-80,0	-81,3	-35,5	-34,2	-21,9	-20,9	-5,8	-6,1	-16,9	-20,1
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis</b>	<b>132,5</b>	<b>120,2</b>	<b>18,7</b>	<b>15,1</b>	<b>3,6</b>	<b>19,2</b>	<b>34,3</b>	<b>51,6</b>	<b>75,9</b>	<b>34,3</b>
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-35,0	-10,2	5,4	23,6	2,2	-5,3	0,4	0,7	-43,1	-29,2
Zuführung Berlin-Förder-Fonds	-45,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-45,0	0,0
<b>Wirtschaftliches Ergebnis</b>	<b>52,5</b>	<b>110,1</b>	<b>24,1</b>	<b>38,7</b>	<b>5,8</b>	<b>13,9</b>	<b>34,7</b>	<b>52,3</b>	<b>-12,1</b>	<b>5,0</b>
Berlin-Beitrag	-28,7	-31,6	-1,8	-1,2	-24,1	-26,6	0,0	0,0	-2,9	-3,8
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>23,8</b>	<b>78,5</b>	<b>22,4</b>	<b>37,6</b>	<b>-18,3</b>	<b>-12,7</b>	<b>34,7</b>	<b>52,3</b>	<b>-15,0</b>	<b>1,3</b>

Das Segment **Immobilien- und Stadtentwicklung** erbringt mit einem Zinsüberschuss von 63,6 Mio. Euro (Vorjahr 63,1 Mio. Euro) den maßgeblichen Anteil am Gesamtzinsüberschuss der Bank. Bedingt durch hohe Auflösungen in der Risikovorsorge in den Vorjahren liegt das wirtschaftliche Ergebnis mit 24,0 Mio. Euro unter Vorjahresniveau.

Die **Wirtschaftsförderung** hat das Geschäftsjahr erneut mit einem positiven wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 6,0 Mio. Euro beendet, bleibt jedoch deutlich unter dem Vorjahreswert (13,9 Mio. Euro). Dies ist vor allem auf ein geringeres sonstiges Ergebnis – im Vorjahr wurden hier abrechnungsbedingt einmalig höhere Verwaltungsaufwendungen erstattet – zurückzuführen. Dagegen konnten die Planwerte, bedingt durch Auflösungen in der Risikovorsorge, deutlich übertroffen werden.

Im **Bankbuch**, dem sowohl die Banksteuerung als auch das Treasury zugeordnet wird, erreichte das wirtschaftliche Ergebnis 34,7 Mio. Euro und liegt unter dem Vorjahr (52,3 Mio. Euro). Die prognostizierten Werte für 2016 konnten nicht erreicht werden. Dieser rückläufige Trend ist maßgeblich auf das Zinsergebnis und die darin enthaltenen Vorfälligkeitsentschädigungen zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr fielen diese erfreulicherweise durch deutlich weniger vorzeitige Auflösungen deutlich geringer aus.

Das **Corporate Center** weist gegenüber dem Vorjahr ein negatives wirtschaftliches Ergebnis von -12,1 Mio. Euro (Vorjahr 5,0 Mio. Euro) aus. Durch die bereits erwähnte Auflösung passivierter EFRE-Verbindlichkeiten (rund 70 Mio. Euro) und weiterer erhaltener EFRE Zuschüsse (12,5 Mio. Euro) überschreitet das sonstige betriebliche Ergebnis (82,6 Mio. Euro) sowohl den Plan- als auch den Vorjahreswert. Dem gegenüber steht eine gestiegene Dotierung der Vorsorgereserven in Höhe von 43,1 Mio. Euro zur weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit (Vorjahr 29,2 Mio. Euro) sowie die erstmalige Dotierung des Berlin-Förderfonds (45 Mio. Euro).

#### Jahresüberschuss

Die IBB weist nach Abzug eines Berlin-Beitrages von 28,7 Mio. Euro zur Unterstützung der Förderpolitik des Landes einen Jahresüberschuss in Höhe von 23,8 Mio. Euro (Vorjahr 78,5 Mio. Euro) aus. Es ist vorgesehen, den Jahresüberschuss, soweit er aus der Anpassung der Zuwendungsverträge für die VC Fonds resultiert (12,5 Mio. Euro), vollständig zu thesaurieren und der Zweckerücklage der IBB zuzuführen. Für den verbleibenden Betrag in Höhe von 11,3 Mio. Euro ist eine Thesaurierung von 75 % (8,5 Mio. Euro) bzw. eine Ausschüttung von 25 % (2,8 Mio. Euro) vorgesehen.

Die nach den Vorgaben des § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG ermittelte Kapitalrendite, der Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,13 %.

#### Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß um 1,2 Mrd. Euro auf 18,0 Mrd. Euro verringert. Dies resultierte vornehmlich aus der rückläufigen Entwicklung der Forderungen an Kunden um 1,0 Mrd. Euro. Die Verringerung ist im Wesentlichen auf planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen im Förderkreditgeschäft zurückzuführen. Mit einem Rückgang von 0,4 Mrd. Euro waren insbesondere die Bestände der Immobilienförderung betroffen. Das Volumen der Wirtschaftsförderung sank um 0,1 Mrd. Euro. Zusätzlich wurden die Schuldscheindarlehen um 0,1 Mrd. Euro sowie die offenen Posten um 0,4 Mrd. Euro reduziert.

Ein Rückgang der Forderungen aus im Hausbankenverfahren abgewickelterm Fördergeschäft um 0,2 Mrd. Euro hat dazu geführt, dass auch die Forderungen an Kreditinstitute insgesamt gesunken sind.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren blieb mit 4,2 Mrd. Euro nahezu unverändert.

Die Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen stiegen aufgrund von Kapitalerhöhungen im VC Fonds-Geschäft um 25,0 Mio. Euro auf 133,4 Mio. Euro.

Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, verringerte sich um 0,7 Mrd. Euro auf 18,9 Mrd. Euro.

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.964,8	2.108,8	-144,0	-6,8
Forderungen an Kunden	11.400,8	12.417,4	-1.016,5	-8,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.199,2	4.243,0	-43,8	-1,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3,7	3,3	0,4	12,3
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	133,4	108,4	25,0	23,1
Sonstige Aktiva	277,8	252,4	25,4	10,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.979,6</b>	<b>19.133,3</b>	<b>-1.153,6</b>	<b>-6,0</b>
Eventualverbindlichkeiten	137,4	110,3	27,1	24,5
Unwiderrufliche Kreditzusagen	809,1	428,5	380,6	88,8
<b>Geschäftsvolumen</b>	<b>18.926,1</b>	<b>19.672,1</b>	<b>-746,0</b>	<b>-3,8</b>

Die zum Jahresende bestehenden Swappeschäfte und Derivate weisen ein Nominalvolumen in Höhe von 15,3 Mrd. Euro (Vorjahr 15,5 Mrd. Euro) aus.

#### Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität

Die Struktur der Refinanzierungsseite hat sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. Mit 4,0 Mrd. Euro (Vorjahr 3,9 Mrd. Euro) beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 22 % (Vorjahr 20 %). Der Anteil der verbrieften Verbindlichkeiten blieb bei gesunkenem Volumen von 6,1 Mrd. Euro (Vorjahr 6,4 Mrd. Euro) konstant bei 34 %.

Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, gingen auf 6,4 Mrd. Euro bzw. 36 % zurück (Vorjahr 7,4 Mrd. bzw. 39 %).

Durch Thesaurierung des Bilanzgewinnes 2015 in Höhe von 72,0 Mio. Euro wurde die Zweckrücklage der IBB erhöht.

Das bilanzielle Eigenkapital der IBB erhöht sich im Geschäftsjahr auf 748,0 Mio. Euro. Maßgeblich für die Veränderung ist der aktuelle Jahresüberschuss in Höhe von 23,8 Mio. Euro, der im Eigenkapital als Bilanzgewinn ausgewiesen wird, sowie die Ausschüttung eines Teiles des Bilanzgewinnes 2015 in Höhe von 6,5 Mio. Euro an das Land Berlin. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. Euro, alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin.

Eigenkapitalspiegel (HGB) in Mio. Euro	Grund- kapital	Zweckrück- lagen	Bilanz- gewinn	Gesamt
Stand 31.12.2015	300,0	352,2	78,5	730,7
Ausschüttung an Land Berlin			-6,5	-6,5
Thesaurierung Zweckrücklage		72,0	-72,0	0,0
Jahresüberschuss 2016			23,8	23,8
<b>Stand 31.12.2016</b>	<b>300,0</b>	<b>424,2</b>	<b>23,8</b>	<b>748,0</b>

Zum Bilanzstichtag ergaben sich Eigenmittel beziehungsweise Risikopositionsbeträge nach der CRR wie folgt:

in Mio. Euro/in %	2016	2015
Gesamtrisikobetrag (RWA)	5.032,7	4.851,8
Eigenmittel	957,3	890,8
Gesamtkapitalquote	19,0%	18,4%
Kernkapitalquote	18,3%	17,5%

Die Erhöhung der Zweckrücklage führte trotz eines Anstieges der gewichteten Risikoaktiva zu einem Anstieg der Gesamtkapitalquote in 2016. Diese reflektiert die solide Kapitalausstattung der Bank, die für das Fördergeschäft angemessen ist.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, außer den Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 1,3 Mrd. Euro durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren unterstützende Faktoren dafür, dass die IBB auch in 2016 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wurde die Liquidität jederzeit sichergestellt. Strikte Nebenbedingungen der Liquiditätssteuerung sind die Einhaltung der regulatorischen Kennzahlen sowie der Mindestreserve.

Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

#### Zusammenfassende Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage

Sowohl der Geschäftsverlauf als auch die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der IBB waren im Berichtsjahr zufriedenstellend.

## Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Beendigung des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

## Prognose-, Chancen- und Risikobericht

### Prognose- und Chancenbericht

Die Weltwirtschaft wird auch im Jahr 2017 erheblichen Risiken ausgesetzt sein. Hierzu zählt die politische Unsicherheit in Europa, nicht zuletzt wegen der gescheiterten Verfassungsreform und der Bankenkrise in Italien sowie der anstehenden Umsetzung des Brexit-Votums. Hinzu kommen höhere Volatilitäten auf den internationalen Finanzmärkten, auch aufgrund der Unsicherheiten bei der Neuausrichtung der US-Politik und der schwierigen Transformationsprozesse in China.

Im Euro-Raum wird die nach wie vor extrem lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) auch 2017 wesentlich zum konjunkturellen Aufschwung beitragen. In vielen Mitgliedstaaten ist der Reformeifer mittlerweile jedoch erlahmt, und einige Staaten lassen die notwendige Haushaltsdisziplin vermissen. Weitere Strukturreformen sind aber dennoch notwendig, vor allem solche, die eine flexiblere Lohnbildung erlauben. Ein Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik wird ansonsten immer schwieriger.

In Deutschland wird sich der konjunkturelle Aufschwung auch 2017 fortsetzen. Vor allem der Arbeitsmarkt dürfte sich positiv entwickeln. Herausforderungen bleiben die Langzeit-Arbeitslosigkeit sowie die Integration zugewanderter Arbeitskräfte. Für 2017 wird mit einem etwas geringeren Wirtschaftswachstum gerechnet, was vor allem auf einen Kalendereffekt zurückzuführen ist. Die zugrunde liegende Wachstumsdynamik bleibt jedoch im Wesentlichen erhalten.

An den US-Finanzmärkten hat die Wahl des neuen US-Präsidenten im November 2016 einen markanten Zinsanstieg ausgelöst. Diese Entwicklung zog auch die Renditen in Deutschland nach oben. Sofern die hohen US-Vorgaben sich über die nächste Zeit verfestigen, sollten auch die deutschen Anleiherenditen und damit auch die Darlehenszinsen 2017 noch etwas anziehen. Mit einem kräftigen und nachhaltigen Zinsanstieg wird jedoch nicht gerechnet, da vor dem Hintergrund der globalen Risiken die Zinsen im weiteren Verlauf des Jahres 2017 auch wieder deutlich fallen könnten. Denn in turbulenten Zeiten sind besonders deutsche Staatsanleihen als sicherer Anlagehafen gefragt.

Grundsätzlich wird das Geschehen an den Kapitalmärkten schwankungsanfällig bleiben. Spitzt sich die Banken- und Wirtschaftskrise in Italien weiter zu, könnten Investoren schnell wieder zu deutschen Bundesanleihen und Pfandbriefen greifen. Die EZB wird der Debatte über einen beginnenden Ausstieg aus ihrem Ankaufprogramm im Jahr 2017 kaum ausweichen können. Schon die Verlängerung im Dezember 2016 war nur noch mit einschneidenden technischen Korrekturen möglich.

In Berlin stehen die Chancen gut, dass die Wirtschaft im Jahr 2017 wieder überdurchschnittlich wächst und auch bei der Beschäftigung das Tempo halten kann. Sollte sich das internationale Umfeld nicht weiter verdüstern, dürfte 2017 ein Wirtschaftswachstum von 2,2 % möglich sein. Bei der Beschäftigung wird sogar eine Steigerung um 3,2 % erwartet. Berlin wird auch in Zukunft zu den Gewinnern beim Stellenaufbau gehören, nicht zuletzt aufgrund der Digitalisierung der Wirtschaft. Die Digitalisierung ist in den nächsten Jahren ein treibender Bereich der Berliner Wirtschaft, der in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Unternehmen neue und marktgängige Produkte entwickeln wird. Voraussetzung ist jedoch, dass gleichzeitig sowohl die Bildungsanstrengungen als auch die Integrationsmaßnahmen in Berlin verstärkt werden. Denn ohne fundierte Ausbildung und qualifizierten Abschluss wird man auch künftig in einer digitalisierten Berufswelt kaum Fuß fassen.

Verstärkten Rückenwind wird die Berliner Wirtschaft 2017 von den im Koalitionsvertrag genannten überfälligen öffentlichen Investitionen bekommen. In den vergangenen Jahren hat sich Berlin mit Investitionen eher zurückgehalten. Ein Schließen der Investitionslücke könnte bereits kurzfristig zu einem deutlich höheren Wirtschaftswachstum führen. Dabei werden die Investitionen der öffentlichen Hand notwendige Anreize für ein langfristiges privatwirtschaftliches Engagement in Berlin schaffen, denn letztlich werden Investitionen vor allem aus dem privaten Sektor kommen müssen. Das gelingt aber nur, wenn zusätzliche Ausgaben gezielt in wachstumsfördernde Bereiche, etwa Bildung und Infrastruktur, umgeschichtet werden.

Die Berliner Wirtschaft wird sich aufgrund der robusten Entwicklung in den Zukunftsbranchen, insbesondere im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie, auch 2017 alles in allem sehr widerstandsfähig gegenüber einem unruhigen internationalen Umfeld zeigen. Neben der Brexit-Entscheidung im Vereinigten Königreich sowie dem gescheiterten Verfassungsreferendum und der Bankenkrise in Italien kommen Unsicherheiten über die Neuausrichtung der US-Politik hinzu. Zumindest von den angekündigten Investitionsprogrammen des neuen Präsidenten dürfte aber auch die Berliner Exportwirtschaft in den kommenden Jahren profitieren. Für die privaten Konsumausgaben bleiben die Rahmenbedingungen in Berlin 2017 ebenfalls günstig. Zu nennen ist hier die starke Rentenanpassung, die noch bis in das erste Halbjahr 2017 nachwirkt. Hinzu kommen die steigende Beschäftigung und die verfügbaren Einkommen sowie der anhaltende Touristenboom. Dagegen werden von den Ölpreisen künftig keine preisdämpfenden Wirkungen mehr ausgehen.

Kräftige Impulse wird die Berliner Konjunktur 2017 auch vom unternehmensnahen Dienstleistungsbereich bekommen. Vor allem die Digitalwirtschaft wird weiterhin sehr kräftig wachsen und im Umfeld der Startups zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Bereich, der sich innerhalb der Digitalen Wirtschaft in den nächsten Jahren besonders rasant entwickeln wird, ist die technologiegetriebene Erstellung von neuartigen Lösungen für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Als wichtiger Startup-Standort wird Berlin auch in diesem Teilbereich der Digitalen Wirtschaft deutschlandweit eine führende Position einnehmen und im internationalen Maßstab weithin sichtbar werden. Dies wird dokumentiert durch zahlreiche Fintech-Neugründungen, die anhaltende Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften und dem beachtlichen Zufluss an Wagniskapital.

In den nächsten Jahren wird Berlin durch die weiterhin große Zahl an Zuwanderern vor große Herausforderungen gestellt. Schon in den letzten Jahren sind unter dem Strich jährlich rund 40.000 Menschen in die deutsche Hauptstadt gezogen. Durch die bestehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb Europas werden die Migrationsströme aus Süd- und Osteuropa nach Deutschland anhalten. Hinzu kommen Menschen und Unternehmen, die nach dem Brexit-Votum im Vereinigten Königreich eine neue berufliche Orientierung suchen. Vor allem Großstädte wie Berlin dürften diese Wanderungsbewegungen zu spüren bekommen. Aktuell gehen die offiziellen Bevölkerungsprognosen für die Hauptstadt Berlin bis zum Jahr 2020 von einem Anstieg der Bevölkerung auf insgesamt 3,8 Mio. Einwohner aus – langfristig bis zum Jahr 2030 wird aktuell sogar eine Einwohnerzahl von 3,9 Mio. Personen prognostiziert. Diese Entwicklung erfordert enorme Baumaßnahmen in der deutschen Hauptstadt, vor allem bezüglich der Schaffung von Wohnraum innerhalb der Stadt. Aber auch die Infrastruktureinrichtungen, z. B. Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Straßen, Kulturstätten sowie der öffentliche Nahverkehr müssen in den nächsten Jahren an die neuen Bevölkerungsprognosen angepasst werden. Hinzu kommen die nachfolgenden privaten Investitionen, z. B. der Bau von Büro- und Gewerbeflächen. Allerdings sind große Bauvorhaben in Berlin, wie andernorts auch, oft langwierige und strittige Themen, die so manches Bauprojekt enorm verzögern und somit auch verteuern werden. In Berlin dürfte die Bauaktivität in den kommenden Jahren zusätzlich durch den Fachkräftemangel in einigen Handwerksberufen gebremst werden.

Im Jahr 2017 ist in Berlin mit weiter steigenden Preisen im Immobilienbereich zu rechnen. Zum einen wachsen Einwohner- und Beschäftigungszahlen sowie die Anzahl der Haushalte kontinuierlich. Gleichzeitig verharren der Wohnungsneubau in den vergangenen Jahren auf relativ niedrigem Niveau. In der Regel generiert ein Bevölkerungsanstieg erst mit einer zwei- bis dreijährigen Verzögerung die entsprechende Bautätigkeit. Hinzu kommt, dass die auch 2017 anhaltende Unsicherheit über die weitere finanzwirtschaftliche Entwicklung im Euroraum die Flucht in Sachwerte weiterhin begünstigen wird und somit die Nachfrage nach Wohnungen als Kapitalanlage andauern wird.



Alles in allem ist auch im Jahr 2017 mit weiter steigenden Preisen im Immobilienbereich zu rechnen. Sollte sich die Preisentwicklung auf dem Berliner Immobilienmarkt in einem sehr raschen Tempo fortsetzen, ist nicht auszuschließen, dass einige Preise über das aus fundamentaler Sicht gerechtfertigte Niveau hinauschießen, so dass es in regionalen Teilmärkten in einigen Segmenten zu Preisblasen kommen könnte. Werden die Berliner Immobilienpreise jedoch im internationalen Kontext analysiert, so zeigt dieser Vergleich relativ klar, dass Wohnungen in Berlin noch nicht zu teuer sind.

Auf Basis dieser prognostizierten volkswirtschaftlichen Entwicklung plant die Bank erneut ein ambitioniertes Neugeschäft und rechnet für das Jahr 2017 mit gleichbleibenden **operativen Erträgen** ohne Sondereffekte.

Aufgrund des unverändert anhaltenden Niedrigzinsumfeldes wird sich der **Zinsüberschuss** allerdings weiterhin rückläufig entwickeln. Die weiterhin hohe Belastung aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen wird aufgrund der gesetzlichen Änderungen abgemildert. Die Zinserträge aus dem Fördergeschäft werden sich trotz sinkendem Forderungsbestand nur leicht reduzieren.

Auch im kommenden Jahr wird sich der **Verwaltungsaufwand** durch Altersversorgungsaufwendungen und Tarifsteigerungen im Personalaufwand moderat erhöhen. Der Sachaufwand wird, neben steigenden Aufwendungen für Digitalisierung und Prozessoptimierung des Fördergeschäfts und für zahlreiche regulatorische Vorhaben, ein unverändertes Niveau haben. Dämpfend auf die Kostenentwicklung wirken die Maßnahmen zur Identifikation und Hebung von weiteren Effizienzpotenzialen.

Die **Förder-Cost-Income-Ratio** wird sich aufgrund der moderaten Entwicklung der Erträge und dem leichten Anstieg der Verwaltungskosten gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhen.

Das **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** wird auch in 2017 voraussichtlich eher durch eine pauschale Vorsorgebildung als durch einzelne Kreditausfälle geprägt sein. Potenzielle Ratingverschlechterungen im Fördergeschäft könnten zukünftig höhere pauschale Vorsorgereserven für Adressausfallrisiken verursachen.

Die fortlaufende Dotierung der Vorsorgereserven wird zu einer weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit führen, jedoch infolge der in der Planung angenommenen erhöhten Zinsaufwendungen für die Dotierung von Pensionsrückstellungen voraussichtlich nennenswert niedriger als 2016 ausfallen.

Insgesamt erwartet die IBB unter den Planungsannahmen für das Jahr 2017 ein deutlich niedrigeres **wirtschaftliches Ergebnis** als im Berichtsjahr.

Die IBB geht für 2017 davon aus, dass die **Bilanzsumme** aufgrund der Neugeschäftsplanung sowie der rückläufigen – zinsniveaubedingten – außerplanmäßigen Abgänge im Förderkreditgeschäft stabil bleiben wird. Bezüglich der **Refinanzierung** erwartet die IBB aufgrund ihres sehr guten Ratings, dass sie die notwendigen Refinanzierungsmittel unverändert problemlos am Kapitalmarkt aufnehmen kann.

Ebenso wird ein Anstieg der **Gesamtkapitalquote** im kommenden Jahr über dem Niveau der Werte des Jahres 2016 erwartet.

**Insgesamt** sind im neuen Geschäftsjahr keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Bank geplant.

## Geschäftsfeldplanung

Mit der Weiterentwicklung und dem Angebot effizienter Förderlösungen wird die IBB ihre Rolle bei der Förderung der Bereiche Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin weiter stärken. Die Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung und Immobilien- und Stadtentwicklung werden das Produktportfolio weiterhin bedarfsorientiert optimieren.

Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** wird nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus die Wohnungsneubauförderung in Form der sozialen Wohnraumförderung weiter an Dynamik gewinnen. Eine Vielzahl von Neubauprojekten unserer Großkunden wurde bereits in das Wohnungsbauprogramm des Landes aufgenommen und steht vor der unmittelbaren Umsetzung. Die Möglichkeit zur Strukturierung der Gesamtfinanzierung unter Einbindung weiterer Förderprodukte lässt zusätzliche Geschäftspotenziale für die IBB erwarten. Auch außerhalb der sozialen Wohnraumförderung wird die IBB in 2017 weitere Neubauvorhaben begleiten und dabei verstärkt private Investoren und Genossenschaften begleiten.

Den Förderprodukten der IBB wird auch künftig eine große Bedeutung zukommen, da in Berlin weiterhin ein großer Modernisierungsbedarf besteht. Verschiedene Produktmodifikationen sind derzeit in der Planung, um die Förderangebote noch attraktiver zu gestalten. Der integrierte Betreuungsansatz von der Beratung zu energetischen Maßnahmen bis hin zum optimalen Fördermitteleinsatz wird nach Verstärkung des Beratungsangebotes ENEO (Energieberatung für Effizienz und Optimierung) auch für das kommende Jahr gewährleistet.

Auch in 2017 wird die IBB größere Vorhaben von kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Unternehmen finanzieren und darüber hinaus weiterhin intensiv mit den Geschäftsbanken zusammenarbeiten, um durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen Investitionen in Wohnimmobilien mittelbar zu fördern. Parallel wird die Zusammenarbeit mit den Hausbanken im Eigenheimgeschäft gestärkt.

Die IBB wird in 2017 noch weitere Vorhaben im Rahmen des Projektaufrufes „Experimenteller Geschosswohnungsbau“ bewilligen und die damit verbundenen Zuschüsse auszahlen.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2017 ein gegenüber dem Vorjahr konstantes Bewilligungsvolumen erwartet.

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** wird aufgrund der ungebrochenen dynamischen Entwicklung in allen Wirtschaftsbereichen sowie auf dem Arbeitsmarkt ein leicht steigendes Bewilligungsvolumen für das Jahr 2017 erwartet.

Die Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand sind unverändert gut. Bei kleinen, jungen und innovativen Unternehmen bleiben jedoch strukturelle Probleme bestehen. Auch stellen notwendige Digitalisierungsmaßnahmen viele Unternehmen vor Finanzierungsschwierigkeiten. Mit den neuen Produkten „Berlin Innovativ“ und „Berlin Mittelstand 4.0“ wird die Digitalisierungsoffensive des Landes durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Berliner Geschäftsbanken unterstützt.

Der Koalitionsvertrag der neuen Berliner Regierung verspricht in den nächsten Jahren neue Sondergeschäfte für die IBB, da weitere bedeutende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kreditfinanziert werden sollen.

Das Ankerprodukt der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsfinanzierung der IBB und der EU-Strukturfondsförderung in Berlin bleibt Pro FIT. Der Anteil von Darlehen, insbesondere für Projekte aus der wachsenden Berliner Startup-Szene, nimmt weiterhin zu. Für die allgemeine Gründungs- und KMU-Finanzierung soll der KMU-Fonds III in 2017 mit neuen EFRE-Mitteln ausgestattet werden.

Know-how, Engagement und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten bilden die wesentlichen Grundlagen für die langfristige Geschäftstätigkeit der Bank. Die Gewinnung, Bindung und Entwicklung qualifizierter Beschäftigter stellen daher die drei wesentlichen Handlungsfelder der strategischen Personalpolitik dar. Die IBB positioniert sich in diesem Zusammenhang als zukunftsorientierter, sozial verantwortlicher Arbeitgeber. Durch flexible Arbeitszeitmodelle, hohe technische sowie Sicherheitsstandards, modernes Gesundheitsmanagement, Regelungen zu Chancengleichheit und Angebote für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – insbesondere auch von Beruf und Pflege – schafft die IBB ein attraktives Arbeitsumfeld.

Die qualitative Entwicklung der Beschäftigten stellt einen wichtigen nichtfinanziellen Leistungsindikator für die IBB dar.

Wie in vergangenen Jahren werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systematisch durch Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen für ihre anspruchsvollen Aufgaben qualifiziert. Die Qualifikation der Mitarbeiter zu sichern und weiter auszubauen, um so die Bank optimal für die Herausforderungen des Marktes zu rüsten, ist Ziel für das kommende Berichtsjahr. Das hohe Niveau der durchschnittlichen Weiterbildung (3,7 Tage) aus 2016 wird konstant gehalten.

Das Thema strategische Personalentwicklung unter dem Aspekt des demografischen Wandels wird weiterhin einen Schwerpunkt der kommenden Berichtsjahre bilden.

**Zusammenfassend** erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2017 einen stabilen Geschäftsverlauf, geht jedoch davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis weiter reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr wird weiterhin eine stabile Vermögens- und Finanzlage erwartet.

Abweichend zu den geplanten Ergebnissen für das Geschäftsjahr 2017 könnten sich aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen weitere **Chancen** und **Risiken** für die geschäftliche Entwicklung der IBB ergeben.

Eine weitere Zinssenkung würde den Zinsüberschuss und die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig tendenziell positiv beeinflussen. Ein Verlassen des Niedrigzinsumfelds, beispielsweise im Zuge eines starken Zinsanstiegs, würde hingegen sowohl das wirtschaftliche Ergebnis als auch die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig negativ beeinflussen. Sollte sich die Finanzmarktkrise erneut verschärfen, könnte sich dies nach den Erfahrungen aus der letzten Finanzmarktkrise positiv sowohl auf die Neugeschäftsvolumina als auch auf die Margen auswirken.

Ein verschlechtertes wirtschaftliches Umfeld würde in der Tendenz zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan führen.

Chancenpotenzial sieht die IBB bei einer Verbesserung der Ratings ihrer Engagements, was zu einem insgesamt geringeren Ansatz von bonitätsabhängigen Portfoliowertberichtigungen führen könnte.

## Risikobericht

### Organisation des Risikomanagements

Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Der Vorstand legt auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie fest. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie die Ableitung von Limiten und die Allokation des ökonomischen Kapitals. Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgt in einer Risikoinventur, die mindestens jährlich oder anlassbezogen durchgeführt wird, unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risiküberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risikocontrolling sind:

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der wesentlichen Risiken
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Gesamtbankrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt monatlich bzw. quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken der Bank gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

### Risikoarten

Die wesentlichen Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit:

- Adressrisiko, inklusive Länderrisiko
- Spreadrisiko, inklusive Länderrisiko
- Marktpreisrisiko
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Beteiligungsrisiko

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene der Gesamtbank erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Geschäfts-, Reputations-, Ertrags- und Modellrisiken.

#### Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung. Dazu werden monatlich die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Sonstige Risiken fließen pauschal in die Risikotragfähigkeit ein. Dabei umfassen die sonstigen Risiken das Spektrum aller Risiken, die keiner anderen wesentlichen oder nicht wesentlichen Risikoart zugeordnet werden können und bei denen modellgestützte Bestimmungen der Verlustpotenziale, denen die IBB im Geschäftsbetrieb ausgesetzt ist, nur mit großer Unsicherheit möglich sind. Ursachen liegen dabei unter anderem in fehlenden, empirisch nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand bestimmbar Modellparametern zur Quantifizierung des Verlustpotenzials. Risikomindernde Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten werden nicht berücksichtigt. Ziel ist die Sicherstellung eines langfristigen Going-Concern der Bank. Als Stressszenario wird die wertorientierte Risikotragfähigkeit darüber hinaus in einer Liquidationssicht auf einem Konfidenzniveau von 99,9 % betrachtet. Zusätzlich wird quartalsweise eine GuV-orientierte Going-Concern-Risikotragfähigkeit auf einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Die Einhaltung dieser Sichtweise stellt eine strenge Nebenbedingung dar.

Im Berichtsjahr wurden folgende wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem vorgenommen:

- Wechsel der Datenbasis zur Schätzung von Branchenkorrelationen für das Adressrisikomodell (Ausfallzeitreihen statt Aktienkurszeitreihen) und trennschärfere Einteilung der Branchen
- Umstellung der Berücksichtigung von Pensionsverpflichtungen bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials von HGB auf IFRS-Rückstellung. Einbeziehung der Zahlungsströme aus Pensionsverpflichtungen in die Messung des Marktpreisrisikos
- Wechsel bei der Ermittlung der Abschläge für gesetzliche Kündigungsrechte bei Darlehen von Expertenschätzung auf Bewertung mit Hilfe eines marktkonformen Optionspreismodells
- Verzicht auf Spiegelung der Marktdatenveränderungen im VaR-Modell zur Quantifizierung des Marktpreisrisikos
- Änderung der Bewertungsbasis für besicherte Swaps in der Risikomessung von EURIBOR-3-Monats-Swap bzw. EURIBOR-6-Monats-Swap auf EONIA-Swapkurve
- Umstellung der risikolosen Zinsstrukturkurve von Swap-6-Monate auf die EONIA-Swapkurve

Zum 31.12.2016 betrug die Auslastung des Risikodeckungspotenzials 43,9 % und sank im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 Prozentpunkte. Die Entlastung der Risikokennzahlen ist auf verschiedene, teilweise gegenläufige marktinduzierte Effekte, Bestandsänderungen sowie auf die Modelländerungen zurückzuführen.

Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2016 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

## Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin in Mio. Euro

	31.12.2016		31.12.2015	
<b>Risikolimit</b>	<b>647,4</b>	<b>100,0 %</b>	<b>844,9</b>	<b>100,0 %</b>
Adressrisiko	99,4		269,6	
davon Kreditrisiko	75,7		189,8	
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	61,1		82,4	
Spreadrisiko	71,3		79,7	
Beteiligungsrisiko	27,5		26,9	
Marktpreisrisiko	49,1		38,3	
Operationelles Risiko	28,3		24,5	
Liquiditätsrisiko	0,4		0,0	
Sonstige Risiken	8,0		8,0	
<b>Gesamtbankrisiko</b>	<b>284,0</b>	<b>43,9 %</b>	<b>446,3</b>	<b>52,8 %</b>

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen inklusive eines Gone-Concern-Szenarios für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Über die Ergebnisse wird quartalsweise im Rahmen des Risikoberichtes berichtet. Zusätzlich werden ggf. anlassbezogenen Stresstests durchgeführt. Es werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden.

#### Adressrisiko

Unter dem Adressrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Im Rahmen der jährlichen Validierung werden die Angemessenheit des Risikomodells, die Portfoliodaten, die Parameter sowie die Kalkulationseinstellungen überprüft. Im Berichtsjahr 2016 war aus der Validierung keine Ableitung von Maßnahmen notwendig.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, das ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risikocontrolling. Darüber hinaus werden Limite für Global- und Einzelgeschäfte vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditbetreuung untertägig überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Risikokomitee (vorher: Kreditkomitee) eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort alle die Kreditbearbeitung betreffenden operationellen Risiken erörtert.

Die IBB nutzt im nennenswerten Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Realsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken.

#### Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Krediten nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB lediglich unwesentliche Adressrisiken aufgrund von Provisions- oder Gebührenzahlungen. Diese sind dessen ungeachtet Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses.

#### Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGVO-Masterskala in %

Ratingklasse	1-5	6-11	12-15	16-18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	< 0,4	0,6 bis 4,4	6,7 bis 45,0	Ausfall	5

#### Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. Euro

Segment/Rating	1-5	6-11	12-15	16-18	ungeratet	Gesamt	mCVaR <sup>[1]</sup>
Wirtschaftsförderung	1.700,7	763,7	11,8	19,6	11,4	2.507,3	14,1
Mietwohnungsbau	5.930,8	908,9	18,1	25,1	97,6	6.980,5	57,0
Eigentumsmaßnahmen	82,7	332,3	19,9	24,3	2,8	460,1	4,6
<b>Inanspruchnahme Gesamt</b>	<b>7.714,2</b>	<b>2.004,9</b>	<b>47,8</b>	<b>69,0</b>	<b>111,9</b>	<b>9.947,9</b>	<b>75,7</b>
in %	77,5	20,2	0,5	0,7	1,1	100,0	
<b>(marginaler) CVaR</b>	<b>41,8</b>	<b>29,6</b>	<b>2,1</b>	<b>0,0</b>	<b>2,2</b>	<b>75,7</b>	
in %	55,2	39,1	2,8	0,0	2,9	100,0	

<sup>[1]</sup> marginaler Credit Value at Risk

Das Kreditrisiko gemessen als marginaler Credit Value at Risk (mCVaR) hat sich ggü. dem Vorjahr deutlich von 189,8 Mio. Euro auf 75,7 Mio. Euro reduziert. Die Reduzierung ist im Wesentlichen auf den Wechsel der Datenbasis zur Schätzung von Branchenkorrelationen für das Adressrisikomodell (Ausfallzeitreihen statt Aktienkurszeitreihen) und eine trennschärfere Einteilung der Branchen zurückzuführen.

## Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. Euro

Segment/Rating	1-5	6-11	12-15	16-18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	0,0	1,5	0,0	55,5	110,7	167,6
Mietwohnungsbau	1.400,7	1.028,6	12,3	326,6	205,4	2.973,7
Eigentumsmaßnahmen	37,5	19,8	3,2	4,8	0,2	65,4
<b>Inanspruchnahme Gesamt</b>	<b>1.438,2</b>	<b>1.049,8</b>	<b>15,4</b>	<b>386,9</b>	<b>316,3</b>	<b>3.206,6</b>
in %	44,9	32,7	0,5	12,1	9,9	100,0

Das Volumen der Kredite nicht im Risiko der IBB hat sich gegenüber dem Vorjahr von 3.800,5 Mio. Euro auf 3.206,6 Mio. Euro reduziert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Teilportfolio Mietwohnungsbau.

## Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Banksteuerungs- und Treasuryportfolios. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Derivative Produkte in Form von Zinsswaps dienen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos. Strukturierte Produkte sind nicht Bestandteil des Portfolios.

## Inanspruchnahme Geld- und Kapitalmarktgeschäft nach Ratingklassen in Mio. Euro

Rating	1-5	6-11	12-15	Ausfall	ungeratet	Gesamt	mCVaR
<b>Inanspruchnahme Gesamt</b>	<b>6.104,3</b>	<b>124,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>6.229,2</b>	<b>61,1</b>

Die Reduzierung des Emittenten- und Kontrahentenrisikos ggü. dem Vorjahr von 82,4 Mio. Euro auf 61,1 Mio. Euro erklärt sich im Wesentlichen durch den Wechsel der Datenbasis zur Schätzung von Branchenkorrelationen für das Adressrisikomodell (Ausfallzeitreihen statt Aktienkurszeitreihen) und eine trennschärfere Einteilung der Branchen.

## Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmer-spezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Banksteuerungs- und Treasuryportfolios und sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene.

Die Adress- und Spreadrisiken des Portfolios werden additiv berücksichtigt, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger Diversifikationseffekte.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR), gerechnet mit einem 99 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.



**Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen in Mio. Euro**

Rating	1			2-3	4-7	8-12	13-15	Gesamt
	AAAA/AAA	AA+/AA-	A+/A/A-					
Banken und Versicherungen des Inlands	3,4	8,7	5,2	1,0	1,8	0,6	0,0	20,6
Banken und Versicherungen des Auslands	1,9	5,8	19,4	7,9	1,5	0,0	0,0	36,5
Öffentliche Hand Inland	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,8
Öffentliche Hand Ausland	3,0	7,0	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0	12,5
Corporates	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Summe CSVaR</b>	<b>10,1</b>	<b>21,4</b>	<b>27,1</b>	<b>8,9</b>	<b>3,3</b>	<b>0,6</b>	<b>0,0</b>	<b>71,3</b>

Das Spreadrisiko für die Branche Banken und Versicherungen des Auslands beträgt 36,5 Mio. Euro ggü. 33,9 Mio. Euro im Vorjahr und ist damit gestiegen, primär in der Folge von Downgrades. Die Gesamt-Reduzierung von 79,7 Mio. Euro auf 71,3 Mio. Euro ist auf die Umstellung der risikolosen Zinsstrukturkurve von Swap-6-Monate auf die EONIA-Swapkurve zurückzuführen.

**Beteiligungsrisiko**

Die Venture-Capital-Beteiligungen der IBB Beteiligungsgesellschaft und der von ihr gemanagten VC Fonds unterliegen dem Beteiligungsrisiko. Das Beteiligungsrisiko berücksichtigt nicht nur den Ausfall von Beteiligungsunternehmen, sondern auch Verlustereignisse, die durch Marktwertänderungen verursacht werden können. Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB zu bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko als unerwarteten Verlust mit einem 99 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.

Das Beteiligungsrisiko wurde im Berichtsjahr erstmalig als wesentliche Risikoart eingestuft.

Das Beteiligungsrisiko betrug zum 31.12.2016 27,5 Mio. Euro (Vorjahr 26,9 Mio. Euro).

**Gefährdete Engagements und Risikovorsorge**

Die Bearbeitung von Intensiv- und Problemkrediten erfolgt in dem Bereich Kreditrisikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen in Anlehnung an IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt. Für ausfallgefährdete Forderungen des Segments Eigentumsmaßnahmen erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Der gesamte Risikovorsorgebestand (ohne § 340f und § 340g HGB) verringerte sich im Berichtsjahr durch Inanspruchnahme des Bestandes sowie Auflösung von Risikovorsorge von 63,5 Mio. Euro auf 48,6 Mio. Euro.

## Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Mio. Euro

	31.12.2016	31.12.2015
Einzelwertberichtigungen	20,6	29,7
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	10,7	14,0
Portfoliowertberichtigungen	11,1	17,4
Rückstellungen im Kreditgeschäft	6,3	2,4
<b>Risikovorsorge Gesamt</b>	<b>48,6</b>	<b>63,5</b>

Für die allgemeinen Bankrisiken bestehen darüber hinaus Vorsorgereserven gemäß § 340f und § 340g HGB.

**Marktpreisrisiko**

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank aus Zinsänderungsrisiken. Währungs-, Aktien- und Rohwarenrisiken übernimmt die Bank nicht. Bezüglich der Tilgung von Darlehen vor der vereinbarten Kapitalfälligkeit werden kundenspezifische Expertenschätzungen herangezogen.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Bankbuch der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei einer Haltedauer von 250 Tagen mittels Historischer Simulation. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 betragen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 210,2 Mio. Euro. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen in der täglichen Steuerung durch Sensitivitätsanalysen und den aufsichtsrechtlichen Zinsschock sowie Stressszenarien.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Seit 31.03.2016 werden Zahlungsverpflichtungen aus Pensionszusagen in die Messung einbezogen. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwertes von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobetrag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2016 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Überschreitungen von Limiten kamen im Berichtsjahr 2016 nicht vor.

**Marktpreisrisiken nach Portfolios in Mio. Euro**

Mindestwert bzw. Value at Risk, 99 %-Konfidenzniveau, 250 Tage Haltedauer		
Portfolio	31.12.2016	31.12.2015
Limitauslastung Bankbuch	35,0 %	33,6 %
Bankbuch	49,1	38,3
Banksteuerung	49,4	35,7
Treasury	2,0	5,7

### Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis zu gewährleisten. Um auch in Stressphasen über eine stabile Liquiditätssituation zu verfügen, hat sich die Bank das Ziel einer 6-monatigen Survival Period ohne Rückgriff auf den Geld- und Kapitalmarkt gesetzt. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Treasury der IBB. Dieses verfügt darüber hinaus über einen Liquiditätsnotfallplan.

Die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer ermöglichen der Bank eine Privilegierung nach Artikel 116 Abs. 4 CRR (früherer Solva-o-Status). Damit war die IBB auch im Jahr 2016 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) und der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch die Erfüllung der Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

### Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC)

Das operationelle Risiko wird in der IBB mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet. Die Auslastung des Risikos betrug zum 31.12.2016 28,3 Mio. Euro. Für Stressszenarien werden Daten aus der internen Schadensfallsammlung und Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR) herangezogen.

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der aufsichtlichen Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

### Risikokonzentrationen

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adress- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adress- oder Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

In der IBB werden wesentliche Risikokonzentrationen anhand von Schwellenwerten bezüglich der marginalen Anteile am Bruttokreditbetrag (BKB) und der marginalen Risiken CVaR (Adress- bzw. Spreadrisiken) identifiziert. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland, insbesondere die Region Berlin, sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB und entsprechen sowohl der Geschäfts- als auch der Risikostrategie. Als Länderkonzentrationen im Rahmen der Anlagen zur Sicherung der Liquidität wurden Frankreich und Österreich identifiziert.

#### Länderkonzentrationen in Mio. Euro

Adresse	BKB	CVaR	CSVaR
Frankreich	637,2	1,3	10,0
Österreich	635,1	7,3	6,5

Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-) Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil.

Das Banksteuerungs- und Treasuryportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfoliogewicht der Branche Banken geprägt. Dabei handelt es sich um eine gewünschte Konzentration, die sich aus der Geschäftsstrategie der Bank ergibt.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und der quartalsweise erfolgenden Bestimmung eines Operational Value at Risk ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen ein Handlungsbedarf resultiert.

#### Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Unternehmens angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess liegt in der Verantwortung des Bereiches Finanzen und Controlling und ist über Arbeitsanweisungen in allen Bereichen der Bank verankert.

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses umfasst, ist in einer schriftlich fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen und Controlling.

Der Rechnungslegungsprozess wird durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den betriebsinternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte wird durch die Einbindung des Bereiches Finanzen und Controlling in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung sowie das Reporting für die mit dem Rechnungslegungsprozess verbundenen Risiken erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risikoberichterstattung der Bank an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet, deren Umsetzung wird überwacht.

#### **System- und Betriebsrisiken**

Die IT-Risiken werden insgesamt jährlich anhand einer IT-Risikoinventur bewertet, quartärllich im Rahmen der Risikoberichterstattung an den Vorstand und Verwaltungsrat berichtet und u. a. zur Entwicklung der IT-Strategie herangezogen. Außer dem Betriebsrisiko beeinflussen auch das Nutzen-/Wertbeitragsrisiko und das Projektrisiko für IT-relevante/-strategische Themen die Gesamtbewertung und ermöglichen verlässliche Prognosen für IT-relevante Entscheidungen.

Die System- und Betriebsrisiken werden über ein Monitoring der Einhaltung von Service-Level-Vereinbarungen gesteuert. Dabei sind verbindliche KPIs hinterlegt, die regelmäßig im Bereich IT auf Handlungsempfehlungen hin geprüft werden. IT-Risiken aus Hardware- und/oder Softwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefächerte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware, umfangreiche Datensicherungen der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit

kurzer Reaktionszeit). Auch im Geschäftsjahr 2016 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit stehen ein Back-up-Rechenzentrum und eine Notstromversorgung sowie Lösungen zur Hochverfügbarkeit der Softwareprodukte zur Verfügung.

Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone mit mehreren Firewalls) abgewehrt. Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Sofern Schadsoftware dennoch auf einen IBB-internen Rechner gelangt, erfolgt hier die Eliminierung durch den Einsatz unterschiedlicher Virens Scanner. Dies wird täglich kontrolliert und dokumentiert. Bisher gibt es keinen Schaden durch sicherheitsrelevante Vorfälle. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernden Rahmenbedingungen getestet.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschrifts- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Basis der Regelungen und Verfahren sind die Vorgaben des Bundesamtes für Informationssicherheit (BSI) sowie anerkannte Standardvorgehensweisen (ITIL, CoBIT). Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Regelungen werden kontinuierlich durch eine prozessunabhängige Prüfung und Beratung durch die interne Revision überwacht und gewährleistet.

Die Einhaltung der Compliance-Regelungen zur Informationssicherheit (ISMS) wird in der IBB durch den Informationssicherheitsbeauftragten im Stab Unternehmenscompliance überwacht.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Krisenmanagement.

Im Rahmen des Quartalsrisikoreports werden explizit die IT-Risiken sowie aktuelle IT-Ereignisse dargestellt.

### **Rechtsrisiken**

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung, Risiken aus Verträgen und Bescheiden und Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe des Stabs Recht. Zur Minimierung dieser Risiken werden die Bereiche und Abteilungen durch den Stab Recht unterstützt. Risiken aus bekannten, an die Bank herangetragenen Rechtsfragen sind durch Rückstellungen abgedeckt.

Bei den von der IBB mit Privatkunden vereinbarten Bearbeitungsentgelten handelt es sich im Wesentlichen um so genannte Verwaltungskostenbeiträge, die in öffentlich-rechtlichen Förderungsrichtlinien geregelt und zum Gegenstand der Bewilligungen gemacht worden sind. Das Verwaltungsgericht Berlin hat in den Jahren 2015 und 2016 diverse gegen die IBB erhobene Rückzahlungsklagen abgewiesen und zur Begründung ausgeführt, dass der bestandskräftige Bewilligungsbescheid eine wirksame Rechtsgrundlage für die Verwaltungskostenbeiträge darstellt. Hierdurch wurde die Rechtsauffassung der IBB bestätigt. Lediglich in zwei Prozessen ist noch eine Berufung beim Oberverwaltungsgericht anhängig.

Bei mit gewerblichen Kunden vereinbarten Bearbeitungsentgelten existiert eine deutschlandweit sehr uneinheitliche Rechtsprechungspraxis. Die IBB sah sich bisher mit zwei Verfahren konfrontiert, die beide mit einem Urteil zu Gunsten der IBB geendet haben. In einem dieser beiden Verfahren wurde Berufung beim Kammergericht eingelegt. Es wurden in einem nach unserem Verständnis angemessenen Maße Rückstellungen gebildet und der Vertrieb wurde für die Vertragsgestaltung im Neugeschäft sensibilisiert.

Der Bundesgerichtshof hat am 19. Januar 2016 zwei Entscheidungen zur Unzulässigkeit von Vorfälligkeitsentschädigungen (VFE) gefällt. Danach ist im Bereich der Verbraucherkredite nach verzugsbedingter Darlehenskündigung durch die Bank die Erhebung einer Vorfälligkeitsentschädigung nicht zulässig. Außerdem sind Banken dazu verpflichtet, vereinbarte Sondertilgungsrechte bei der Berechnung der VFE zu Gunsten des Kunden zu berücksichtigen. Beide Entscheidungen wurden analysiert und die künftige Vorgehensweise wurde mit den betroffenen Bereichen abgestimmt. Danach ist der Eintritt von Schäden für die IBB nicht zu erwarten, so dass kein Erfordernis für die Bildung von Rückstellungen besteht.

#### **Personalrisiken**

Das Personalrisikomanagement dient der Identifikation und Überwachung von Personalrisiken. Durch geeignete Maßnahmen und Steuerung der Risiken sollen diese verhindert bzw. minimiert werden.

Um dies zu erreichen, orientiert sich sowohl die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert und steigert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Der Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der Ausbildung und internen Nachwuchsförderung. Diese Maßnahmen sollen eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung fördern sowie einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen wird das potenzielle Risiko des Verlustes von Wissen erfolgreich vermieden.

Im Rahmen der Risikoinventur werden qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken bewertet und an den Vorstand berichtet.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind sowie den Anforderungen aus der IVV (Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten). Durch die Ausrichtung des Vergütungssystems sollen schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Durch festgelegte Personalkennzahlen werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

#### **Detailvereinbarung**

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung war bis 2011 von der Landesbank Berlin AG ein Fixbetrag von jährlich 15 Mio. Euro an das Land Berlin zu zahlen. In 2012 wurde zwischen dem Land Berlin und der Bankgesellschaft Berlin (heute firmierend als Landesbank Berlin Holding AG) über die Höhe der ab 2012 zu zahlenden Avalprovision verhandelt. Da hierzu bislang keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt es zunächst entsprechend der Detailvereinbarung bei dem bisherigen jährlichen Fixbetrag von 15 Mio. Euro.

Die Verteilung der Avalprovision ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

#### **Zusammenfassende Darstellung der Risikolage**

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2016 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der Gesamtkapitalkennziffer gem. CRR betrug zwischen 19,0 % und 19,6 % und lag damit deutlich über dem geforderten Wert.

Die Auslastung des Risikolimits schwankte im Berichtsjahr zwischen 40,2 % und 65,3 %. Ursächlich für die Veränderungen in der Auslastung waren primär die im Abschnitt „Wertorientierte Risikotragfähigkeit“ dargestellten wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem.



# Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite in Tsd. Euro	31.12.2016	31.12.2015
<b>1. Barreserve</b>	<b>26.733</b>	<b>15.389</b>
a) Kassenbestand	0	4
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	26.733	15.385
darunter: bei der Deutschen Bundesbank:	26.733	15.385
<b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>1.964.778</b>	<b>2.108.781</b>
a) täglich fällig	271.041	243.150
b) andere Forderungen	1.693.737	1.865.631
<b>3. Forderungen an Kunden</b>	<b>11.400.826</b>	<b>12.417.361</b>
darunter:		
durch Grundpfandrechte gesichert:	5.856.243	6.390.835
Kommunalkredite:	4.077.483	4.494.763
<b>4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>4.199.194</b>	<b>4.243.037</b>
a) Geldmarktpapiere		
ab) von anderen Emittenten	0	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	1.051.309	1.099.103
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.051.309	1.099.103
bb) von anderen Emittenten	3.141.682	3.143.934
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.066.620	3.062.828
c) eigene Schuldverschreibungen	6.203	0
Nennbetrag	6.000	0
<b>5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>3.663</b>	<b>3.263</b>
<b>6. Beteiligungen</b>	<b>452</b>	<b>452</b>
<b>7. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>132.960</b>	<b>107.957</b>
<b>8. Treuhandvermögen</b>	<b>208.368</b>	<b>190.556</b>
darunter: Treuhandkredite	208.368	190.556
<b>9. Immaterielle Anlagewerte</b>	<b>810</b>	<b>1.346</b>
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	810	1.346
<b>10. Sachanlagen</b>	<b>24.647</b>	<b>26.156</b>
<b>11. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>2.053</b>	<b>1.523</b>
<b>12. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>15.162</b>	<b>17.453</b>
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>17.979.646</b>	<b>19.133.274</b>

Passivseite in Tsd. Euro		31.12.2016	31.12.2015
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		<b>3.998.849</b>	<b>3.896.329</b>
a) täglich fällig	154.631		56.895
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.844.218		3.839.434
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		<b>6.401.161</b>	<b>7.379.117</b>
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	841.554		873.407
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.559.607		6.505.710
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		<b>6.084.722</b>	<b>6.442.070</b>
a) begebene Schuldverschreibungen	6.084.722		6.442.070
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>		<b>208.368</b>	<b>190.556</b>
darunter: Treuhandkredite	208.368		190.556
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>		<b>8.020</b>	<b>5.429</b>
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>97.604</b>	<b>106.811</b>
<b>7. Rückstellungen</b>		<b>183.566</b>	<b>177.964</b>
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	112.666		111.680
c) andere Rückstellungen	70.901		66.284
<b>8. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>		<b>249.311</b>	<b>204.311</b>
<b>9. Eigenkapital</b>		<b>748.045</b>	<b>730.687</b>
a) Eingefordertes Kapital			
Gezeichnetes Kapital	300.000		300.000
c) Gewinnrücklagen			
cd) andere Gewinnrücklagen (Zweckrücklage)	424.216		352.180
d) Bilanzgewinn	23.829		78.508
<b>Summe der Passiva</b>		<b>17.979.646</b>	<b>19.133.274</b>
<b>Posten unter dem Bilanzstrich</b>			
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>		<b>137.369</b>	<b>110.294</b>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		137.369	110.294
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>		<b>809.080</b>	<b>428.529</b>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		809.080	428.529

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2016

in Tsd. Euro		Vorjahr
<b>1. Zinserträge aus</b>		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	267.351	323.737
darunter: verrechnete Aufwendungen aus Negativ-Zinsen	758	100
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	69.593	83.291
	<b>336.944</b>	<b>407.028</b>
<b>2. Zinsaufwendungen</b>	195.169	266.210
darunter: verrechnete Erträge aus Negativ-Zinsen	7.750	2.054
	<b>195.169</b>	<b>266.210</b>
	<b>141.775</b>	<b>140.818</b>
<b>3. Laufende Erträge aus</b>		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	11.000
b) Beteiligungen	2	2
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0	0
	<b>2</b>	<b>11.002</b>
<b>4. Provisionserträge</b>	3.829	5.420
<b>5. Provisionsaufwendungen</b>	777	791
	<b>3.052</b>	<b>4.628</b>
<b>6. Sonstige betriebliche Erträge</b>		<b>89.293</b>
<b>7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	41.037	39.848
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.398	9.248
darunter: für Altersversorgung	2.560	2.398
	50.435	49.096
b) andere Verwaltungsaufwendungen	25.408	27.937
	<b>75.843</b>	<b>77.033</b>
<b>8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>		<b>4.204</b>
<b>9. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>		<b>29.642</b>

in Tsd. Euro		Vorjahr
<b>10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	101.260	35.735
darunter: Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	45.000	0
	<b>101.260</b>	<b>35.735</b>
<b>11. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	717	618
	<b>717</b>	<b>618</b>
<b>12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>		<b>23.890</b>
<b>13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	66	38
<b>14. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 11 ausgewiesen</b>	-5	17
	<b>61</b>	<b>55</b>
<b>15. Jahresüberschuss</b>		<b>23.829</b>
<b>16. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>		<b>0</b>
<b>17. Bilanzgewinn</b>		<b>23.829</b>
		<b>78.508</b>

---

# Anhang für das Geschäftsjahr 2016

## Allgemeine Angaben

Die Investitionsbank Berlin (IBB) hat ihren Sitz in Berlin und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg (Berlin) unter der Nummer HRA 35566 B eingetragen.

### Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie

Das Land Berlin trägt die Anstaltslast, die die öffentlich-rechtliche Verpflichtung gegenüber der IBB enthält, ihre wirtschaftliche Basis jederzeit zu sichern und sie für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung der IBB haftet das Land Berlin für die von der IBB aufgenommenen Darlehen, Schuldverschreibungen, Termingeschäfte, Optionen und Swaps sowie andere Kredite an die IBB.

### Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde nach handelsrechtlichen Vorschriften sowie unter Einhaltung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wurden beachtet.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird ab dem Geschäftsjahr 2016 das Formblatt 3 (Staffelform) gewählt.

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich zum Nominalbetrag angesetzt.

Agio- oder Disagiobeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt saldiert je Vertrag unter den Positionen Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Kunden. Die Erfolge aus Zinsderivaten werden im Zinsergebnis der Bank dargestellt. Ein- und ausgehende Close-out-Zahlungen werden mit Fälligkeit in voller Höhe ergebniswirksam vereinnahmt.

Negative Zinsen aus Forderungen bzw. aus Verbindlichkeiten werden ertragsmindernd bzw. aufwandsmindernd im Zinsertrag bzw. Zinsaufwand berücksichtigt.

Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen für Forderungen und Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Wertberichtigungen für minderverzinsliche Forderungen aufgrund von Margenverzichten im Zusammenhang mit dem Fördergeschäft gebildet.

In Anlehnung an IAS 39 werden für erkennbare Adressrisiken bei signifikanten Forderungen Einzelwertberichtigungen und bei nicht signifikanten Forderungen pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung schließen lassen. Im zweiten Schritt wird untersucht, ob die Forderung tatsächlich im Wert gemindert ist. Die Höhe der Einzelwertberichtigung wird durch Abzug des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge vom Buchwert der Forderung ermittelt. Die Höhe der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird durch Multiplizieren des Buchwerts mit einer erwarteten Ausfallrate (loss given default) ermittelt.

Für latente Risiken im Forderungsbestand werden in Anlehnung an IAS 39 Pauschalwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit, einer Ausfallrate und eines Faktors für die Zeitspanne zwischen dem Erkennen des drohenden Ausfalls und dem Eintritt des Ausfallereignisses gebildet.

Auf Grundlage des Grundsatzes der Einzelbewertung gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB wurde bei Wertpapieren des Anlagevermögens von dem Wahlrecht nach § 340e Abs. 1 Satz 3 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB (Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip) durchgängig Gebrauch gemacht. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die übrigen Finanzanlagen (Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen) werden zu Anschaffungskosten angesetzt; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurden ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken in Form von Mikro-Hedges-Beziehungen gebildet. Bei den Grundgeschäften handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere des Anlage- und Liquiditätsbestandes, die in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen werden. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Plain Vanilla Zinsswaps verwendet. In allen Fällen steht bei identischen Nominalbeträgen bis zur Endfälligkeit der jeweiligen Grund- und Sicherungsgeschäfte dem Festzins des jeweiligen Grundgeschäftes ein Festzins des zugehörigen Sicherungsgeschäftes gegenüber. Da bei sämtlichen Bewertungseinheiten alle wertbestimmenden Faktoren grundsätzlich übereinstimmen, erfolgt die Beurteilung der Wirksamkeit mittels der Critical-Term-Match-Methode.

Zur Bilanzierung des wirksamen Teils der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewendet.

Zur Ermittlung des nicht abgesicherten Risikos wird die vollständige Zeitwertänderung des Grundgeschäftes der vollständigen Zeitwertänderung des Sicherungsinstruments gegenübergestellt. Der negative Nettowert wird imparitatisch bei der Bewertung des Grundgeschäftes berücksichtigt. Ein positiver Nettowert bleibt unberücksichtigt.

Bei Grundgeschäften, die dem Anlagebestand zugeordnet sind, werden außerplanmäßige Abschreibungen nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung aufgrund von Veränderungen der nicht abgesicherten Risiken vorgenommen.

Darüber hinaus werden alle Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente von Bewertungseinheiten in die Verlustfreie Bewertung des Bankbuches unter Anwendung der Stellungnahme IDW RS BFA 3 einbezogen.

Die Stellungnahme IDW RS BFA 3 wurde im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung zum 31. Dezember 2016 in vollem Umfang beachtet. Zur Ermittlung einer eventuell erforderlichen Drohverlustrückstellung wird die barwertige Betrachtungsweise angewendet. Als Berechnungsgrundlage dient die wertorientierte Risikotragfähigkeit des Bankbuchs. Der Buchwert wird vom Nettovermögen abgezogen, die Risiko- und Verwaltungskosten sowie die institutsspezifischen Refinanzierungskosten für fiktive Schließungsgeschäfte werden im erforderlichen Umfang berücksichtigt.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer, geringwertige Wirtschaftsgüter sofort abgeschrieben.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (projected unit credit method) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck. Dabei wurden ein Gehaltstrend/BBG-Trend in Höhe von 2,5 % und ein Rententrend in Höhe von 1,75 % (bzw. 1,0 % bei VBL-Zusagen) berücksichtigt. Der für die Bewertung verwendete Rechnungszins beträgt 4,01 %. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss erfasst. Erfolgswirkungen aus der Änderung sonstiger Bewertungsannahmen sind im Dienstzeitaufwand berücksichtigt. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den sonstigen Rückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die IBB schließt Geschäfte ausschließlich in Euro ab.

## Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz

### Fristengliederung gemäß § 9 RechKredV

#### Forderungen an Kreditinstitute (andere Forderungen)

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
bis drei Monate	585,3	568,3
mehr als drei Monate bis ein Jahr	777,2	860,7
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	235,0	316,7
mehr als fünf Jahre	96,3	119,9
<b>Summe</b>	<b>1.693,8</b>	<b>1.865,6</b>

#### Forderungen an Kunden

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
bis drei Monate	495,3	933,6
mehr als drei Monate bis ein Jahr	336,2	334,1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.046,8	2.215,9
mehr als fünf Jahre	8.522,5	8.933,8
<b>Summe</b>	<b>11.400,8</b>	<b>12.417,4</b>

#### Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
bis drei Monate	1.443,2	1.422,6
mehr als drei Monate bis ein Jahr	554,2	587,6
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	697,4	721,1
mehr als fünf Jahre	1.149,4	1.108,1
<b>Summe</b>	<b>3.844,2</b>	<b>3.839,4</b>

#### Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
bis drei Monate	627,6	590,5
mehr als drei Monate bis ein Jahr	306,0	462,6
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.077,2	677,6
mehr als fünf Jahre	3.548,8	4.775,0
<b>Summe</b>	<b>5.559,6</b>	<b>6.505,7</b>



### Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
im Folgejahr fällig	854,7	928,8

In der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden Wertpapiere mit einem Buchwert von 2.550,3 Mio. Euro ausgewiesen, die Bestandteil einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB sind. Das mit Bewertungseinheiten abgesicherte Risiko beträgt 88,7 Mio. Euro. Dies entspricht der saldierten kumulativen Wertänderung der Grundgeschäfte seit Designation der Bewertungseinheit.

Für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes mit einem Buchwert in Höhe von 87,3 Mio. Euro (Vorjahr 278,6 Mio. Euro) und Marktwerten in Höhe von 86,1 Mio. Euro (Vorjahr 277,3 Mio. Euro) bestehen stille Lasten in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 1,3 Mio. Euro). Hierbei handelt es sich um die Differenz von Marktwert und Buchwert ohne Berücksichtigung der Effekte aus Bewertungseinheiten. Stille Lasten bestehen ausschließlich bei Wertpapieren, die Bestandteil einer Bewertungseinheit sind.

Stille Lasten für Wertpapiere in Bewertungseinheiten, die dem nicht abgesicherten Risiko (überwiegend Bonität des Emittenten) zuzurechnen sind, betragen 1,1 Mio. Euro. Aufgrund der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgt keine Buchung des nicht abgesicherten Risikos. Hierbei sind auch stille Lasten im Hinblick auf das nicht abgesicherte Risiko bei Wertpapieren enthalten, die ohne Berücksichtigung der Bewertungseinheit eine stille Reserve ausweisen würden.

Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 und 6 HGB wurden aufgrund fehlender nachhaltiger Bonitätsverschlechterungen nicht vorgenommen.

### Börsenfähige Wertpapiere

In dem in der Bilanz stehenden Aktivposten sind im folgenden Umfang börsenfähige Wertpapiere enthalten:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.157,2	4.189,6
davon börsennotiert	4.157,2	4.189,6

### Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

An die Deutsche Bundesbank wurden im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente Wertpapiere mit einem Nennbetrag in Höhe von 3.180,5 Mio. Euro (Vorjahr 3.030,5 Mio. Euro) verpfändet und Schuldscheindarlehen mit einem Nennbetrag in Höhe von 173,5 Mio. Euro (Vorjahr 280,0 Mio. Euro) abgetreten. Wie im Vorjahr wurden zum Stichtag keine Refinanzierungsgeschäfte in Anspruch genommen.

### Pensionsgeschäfte

Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 576,2 Mio. Euro (Vorjahr 554,9 Mio. Euro) in Pension gegeben.

### Nachrangige Aktiva

Der Posten Forderungen an Kunden enthält nachrangige Forderungen in Höhe von 1.015,9 Mio. Euro (Vorjahr 1.170,4 Mio. Euro), die analog zum Vorjahr in voller Höhe aus Erklärungen nach § 88 Abs. 3 II. WoBauG resultieren.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und zu Unternehmen,  
mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. Euro	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0

in Mio. Euro	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40,3	13,1	0,0	0,0

Anteilsbesitz der Investitionsbank Berlin gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Name/Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital in Tsd. Euro	Ergebnis in Tsd. Euro
<b>Verbundene Unternehmen</b>			
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin <sup>3</sup>	100,00	13.096,1	832,5
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin <sup>3</sup>	100,00	30.262,0	- 4.235,0
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin <sup>3</sup>	100,00	58.378,1	- 4.977,0
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>2</sup>	100,00	139.684,3	- 1.024,3
IBB Business Team GmbH, Berlin <sup>1,2</sup>	100,00	200,0	0,0
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin <sup>1,3</sup>	100,00	41,4	- 5,9
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin <sup>1,3</sup>	100,00	- 6.749,9	995,9
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG, Berlin <sup>1,2</sup>	100,00	525,5	- 119,5
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin <sup>1,2,4</sup>	100,00	- 11.434,2	67,9
<b>Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>			
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam <sup>1,2</sup>	50,00	63,7	0,0
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin <sup>1,2</sup>	31,51	1.752,3	- 105,6
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin <sup>1,2</sup>	25,20	899,4	823,2
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1,2</sup>	25,20	37,0	1,9
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin <sup>1,2</sup>	25,00	810,8	36,2
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin <sup>2</sup>	19,92	12.806,5	- 349,3

<sup>1</sup> Jahresabschluss 2015

<sup>2</sup> unmittelbarer Anteilsbesitz der IBB  
<sup>3</sup> mittelbarer Anteilsbesitz

<sup>4</sup> Gesellschaftsrechtliche Veränderung: Anteilerhöhung bei der ipal von 81% auf 100% aufgrund der Ausübung weiterer Optionsrechte zur Anteilsübertragung

Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Berlin Tourismus & Kongress GmbH beträgt 20,6 %. Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG beträgt 20,0 %. Bei allen anderen Gesellschaften entspricht der Kapitalanteil der IBB dem Anteil an den Stimmrechten.

## Treuhandvermögen

Die in dieser Position enthaltenen Beträge in Höhe von 208,4 Mio. Euro (Vorjahr 190,6 Mio. Euro) sind nach dem Formblatt 1 der RechKredV ausschließlich den Forderungen an Kunden zuzurechnen.

## Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. Euro	Schuldver- schreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	Aktien und sonstige nicht fest- verzinsliche Wertpapiere	Beteili- gungen	Anteile an verbun- denen Unter- nehmen	Imma- terielle Anlage- werte	Sach- anlagen	Summe
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>							
Stand 01.01.2016	2.894,5	3,3	0,5	110,3	26,8	137,7	<b>3.173,1</b>
Zugänge	354,6	0,4	0,0	25,2	0,2	2,0	<b>382,4</b>
Abgänge	592,6	0,0	0,0	0,0	0,2	1,8	<b>594,6</b>
Stand 31.12.2016	2.656,5	3,7	0,5	135,5	26,8	137,9	<b>2.960,9</b>
<b>Abschreibungen und Zuschreibungen</b>							
Stand 01.01.2016	0,0	0,0	0,0	2,3	25,5	111,5	<b>139,3</b>
Zugang Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,2	0,7	3,5	<b>4,4</b>
Abgang Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	1,8	<b>2,0</b>
Stand 31.12.2016 (kumulierte Abschreibungen)	0,0	0,0	0,0	2,5	26,0	113,3	<b>141,8</b>
<b>Buchwerte</b>							
Stand 31.12.2015 = 01.01.2016	2.894,5	3,3	0,5	108,0	1,3	26,2	<b>3.033,8</b>
<b>Stand 31.12.2016</b>	<b>2.656,5</b>	<b>3,7</b>	<b>0,5</b>	<b>133,0</b>	<b>0,8</b>	<b>24,6</b>	<b>2.819,1</b>

Die Sachanlagen gliedern sich in Grundstücke und Gebäude (21,3 Mio. Euro; Vorjahr 23,4 Mio. Euro), die von der Bank überwiegend selbst genutzt werden, und Betriebs- und Geschäftsausstattung (3,3 Mio. Euro; Vorjahr 2,8 Mio. Euro).

Den Abschreibungssätzen liegen die folgenden Nutzungsdauern zugrunde:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	25 bis 48
Hardware	2 bis 8
Software	2 bis 3
sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 23

### Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Gehaltszahlungen an Mitarbeiter für den Monat Januar 2017 in Höhe von 0,8 Mio. Euro (Vorjahr 0,8 Mio. Euro), die Barsicherheit zum Restrukturierungsfonds in Höhe von 0,6 Mio. Euro (Vorjahr 0,6 Mio. Euro), die gemäß § 12 Abs. 5 des Restrukturierungsfondsgesetzes in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen erbracht wurde, sowie Forderungen an andere Landesförderinstitute im Rahmen einer bestehenden Bankenkooperation in Höhe von 0,6 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro).

### Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungen werden Posten nach § 250 Abs. 3 HGB in Höhe von 10,0 Mio. Euro (Vorjahr 13,2 Mio. Euro) und nach § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB in Höhe von 2,1 Mio. Euro (Vorjahr 1,2 Mio. Euro) ausgewiesen.

### Begebene Schuldverschreibungen

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
im Folgejahr fällig	1.935,0	1.645,0

### Treuhandverbindlichkeiten

Die in dieser Position enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der RechKredV wie folgt:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	208,4	190,6

### Sonstige Verbindlichkeiten

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen asservierte Darlehen nach § 17 des Berlinförderungsgesetzes in Höhe von 4,2 Mio. Euro (Vorjahr 4,2 Mio. Euro), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 3,0 Mio. Euro (Vorjahr 0,5 Mio. Euro) sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 0,8 Mio. Euro (Vorjahr 0,7 Mio. Euro).

### Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungen enthalten Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB in Höhe von 46,7 Mio. Euro (Vorjahr 57,1 Mio. Euro).

## Rückstellungen

Die IBB weist Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 112,7 Mio. Euro (Vorjahr 111,7 Mio. Euro) aus. Die Pensionsrückstellungen sind vollständig dotiert. Der Unterschiedsbetrag zwischen der Bewertung der Pensionsverpflichtungen mit dem durchschnittlichen Marktzins aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und den vergangenen sieben Geschäftsjahren (§ 253 Abs. 6 HGB) beträgt zum Bilanzstichtag 16,4 Mio. Euro.

Die anderen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. Euro	31.12.2016	31.12.2015
Rückstellungen im Kreditgeschäft	39,0	26,6
Rückstellungen im Personalbereich	14,0	16,1
Rückstellungen operationelle Risiken	3,0	2,7
Sonstige Rückstellungen	14,9	20,9
<b>Summe</b>	<b>70,9</b>	<b>66,3</b>

## Eigenkapital

Die IBB weist nach Abzug eines Berlin-Beitrages von 28,7 Mio. Euro zur Unterstützung der Förderpolitik des Landes einen Jahresüberschuss in Höhe von 23,8 Mio. Euro (Vorjahr 78,5 Mio. Euro) aus, der dem Bilanzgewinn entspricht.

Es ist vorgesehen, den Jahresüberschuss, soweit er aus der Anpassung der Zuwendungsverträge für die VC Fonds resultiert (12,5 Mio. Euro), vollständig zu thesaurieren und der Zweckrücklage der IBB zuzuführen. Für den verbleibenden Betrag in Höhe von 11,3 Mio. Euro ist eine Thesaurierung von 75 % (8,5 Mio. Euro) vorgesehen.

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt gemäß § 13 Abs. 2 Ziff. 1 des IBB-Gesetzes i. V. m. § 16 Abs. 2 Ziff. 1 der Satzung der IBB der Senat von Berlin.

## Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

### Zinsüberschuss

in Mio. Euro	2016	2015
<b>Zinserträge aus:</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	9,9	18,9
Forderungen an Kunden	257,5	298,5
Schuldverschreibungen und anderen festverzinsliche Anleihen	69,6	83,3
Periodenfremde Zinserträge	0,0	6,3
<b>Summe Zinserträge<sup>1</sup></b>	<b>337,0</b>	<b>407,0</b>
<b>Zinsaufwendungen für:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	38,5	54,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	80,3	93,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	16,0	42,4
Derivative Geschäfte	55,7	57,0
Aufzinsung Rückstellungen	4,5	18,0
Sonstiger Zinsaufwand	0,2	0,2
<b>Summe Zinsaufwendungen<sup>2</sup></b>	<b>195,2</b>	<b>266,2</b>
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>141,8</b>	<b>140,8</b>

<sup>1</sup> hierin verrechnete negative Zinserträge 0,8 Mio. Euro (Vorjahr 0,1 Mio. Euro)

<sup>2</sup> hierin verrechnete negative Zinsaufwendungen 7,8 Mio. Euro (Vorjahr 2,1 Mio. Euro)

### Provisionsüberschuss

in Mio. Euro	2016	2015
<b>Provisionserträge aus:</b>		
Kreditgeschäft	1,7	3,4
Avale	1,7	1,9
Sonstiges	0,4	0,1
<b>Summe Provisionserträge</b>	<b>3,8</b>	<b>5,4</b>
<b>Provisionsaufwendungen für:</b>		
Kreditgeschäft	0,4	0,4
Wertpapiergeschäft	0,4	0,4
<b>Summe Provisionsaufwendungen</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>3,0</b>	<b>4,6</b>

### Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. Euro	2016	2015
<b>Sonstige betriebliche Erträge:</b>		
Vereinnahmung von Zuschüssen VC und EFRE Fonds	78,5	12,5
Auflösung von Rückstellungen	5,4	44,3
Aufwandsersatzungen aus EFRE-Fonds	3,3	16,1
Periodenfremde Erträge <sup>1</sup>	0,0	0,9
Sonstige	2,1	3,8
<b>Summe sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>89,3</b>	<b>77,6</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen:</b>		
Detail- und Innenausgleichsvereinbarung mit dem Land Berlin		
a) Avalprovision	7,2	6,8
b) Zuführung zur Rückstellung	9,9	8,5
Berlin-Beitrag der IBB	12,0	14,2
Ertragsabführungen an EFRE-Fonds	0,0	4,1
Sonstige	0,6	5,5
<b>Summe sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>29,7</b>	<b>39,1</b>
<b>Sonstiges betriebliches Ergebnis</b>	<b>59,6</b>	<b>38,5</b>

<sup>1</sup> davon Rückzahlungen von nicht verausgabten Mitteln des Berlin-Beitrages im Geschäftsjahr 2016 für das Jahr 2015; 31 Tsd. Euro (Vorjahr 151 Tsd. Euro für das Jahr 2014)

### Geographische Märkte

Auf eine geographische Aufgliederung der Gesamtbeträge der Ertragsposten nach § 34 Abs. 2 Nr. 1 RechKredV wurde verzichtet, da die IBB keine Auslandsfilialen unterhält.

### Angabe des von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars

Das im Aufwand erfasste Gesamthonorar entfällt auf folgende Leistungen:

in Tsd. Euro	2016	2015
Jahres- und Konzernabschlussprüfung	291,1	278,4
Andere Bestätigungsleistungen	0,0	9,7
Sonstige Leistungen	80,1	39,6
	<b>371,2</b>	<b>327,7</b>

## Außerbilanzielle Transaktionen

### Eventualverbindlichkeiten/Andere Verpflichtungen

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften in Höhe von 137,4 Mio. Euro (Vorjahr 110,3 Mio. Euro) und unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 809,1 Mio. Euro (Vorjahr 428,5 Mio. Euro) enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen im Rahmen der Wohnungsbau- und Wirtschaftsförderung.

Für ungesicherte bzw. nicht ausreichend gesicherte Rückgriffsforderungen wurden aufgrund der nicht ausreichenden Bonität der Kreditnehmer Rückstellungen in Höhe von 0,4 Mio. Euro (Vorjahr 0,1 Mio. Euro) und für Kreditrisiken aus anderen Verpflichtungen Rückstellungen in Höhe von 4,5 Mio. Euro (Vorjahr 0,8 Mio. Euro) gebildet. Darüber hinaus wurden keine Risiken identifiziert.

### Verwaltungskredite/Verwaltungsbürgschaften

Zusätzlich zu den im Formblatt 1 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen verwaltet die IBB im Rahmen von Förderprogrammen im Namen und für Rechnung des Landes Berlin Verwaltungsbürgschaften in Höhe von 804,6 Mio. Euro (Vorjahr 959,0 Mio. Euro). Verwaltungskredite waren wie im Vorjahr nicht im Bestand.

### Derivative Geschäfte

Die IBB hat zum Stichtag 31. Dezember 2016 folgende Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken in den Büchern, die nach der Marktbewertungsmethode bewertet wurden. Die Derivate bestehen ausschließlich mit Kontrahenten, die in OECD-Ländern ansässig sind.

in Mio. Euro	Restlaufzeiten			Nominalbetrag	Marktwerte
	≤ 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsswaps	1.384,8	7.247,5	6.623,6	15.255,9	-91,5
davon in Bewertungseinheiten	264,0	1.864,0	417,0	2.545,0	-89,7

### Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.



Für die Übernahme der Risikoabschirmung war bis 2011 von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. Euro an das Land Berlin zu zahlen. In 2012 wurde zwischen dem Land Berlin und der Bankgesellschaft Berlin (heute firmierend als Landesbank Berlin Holding AG) über die Höhe der ab 2012 zu zahlenden Avalprovision verhandelt. Da hierzu bislang keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt es zunächst entsprechend der Detailvereinbarung bei dem bisherigen jährlichen Fixbetrag von 15 Mio. Euro.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Unter die Detailvereinbarung fallen in der Bilanz zum 31. Dezember 2016 als Kommunalkredite ausgewiesene Darlehen in Höhe von 1.066,1 Mio. Euro (Vorjahr 1.223,3 Mio. Euro), für die offene Auszahlungsverpflichtungen in Höhe von 168,1 Mio. Euro (Vorjahr 230,9 Mio. Euro) bestehen. Bürgschaften bestehen nicht (Vorjahr 5,7 Mio. Euro).

Zum Stichtag bestanden offene Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG in Höhe von 7,5 Mio. Euro (Vorjahr 7,7 Mio. Euro) sowie aus der Beteiligung an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 1,6 Mio. Euro). Für die offenen Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG besteht keine Rückstellung mehr (Vorjahr 50 Tsd. Euro).

Weitere finanzielle Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Strich ausgewiesen sind, sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung.

## Sonstige Angaben

### Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

Beschäftigtengruppe	Jahresdurchschnitt	Vorjahresdurchschnitt
Vollzeitbeschäftigte	408	422
Teilzeitbeschäftigte	185	173
<b>Summe ohne Azubis</b>	<b>593</b>	<b>595</b>
Auszubildende	31	30
<b>Summe gesamt</b>	<b>624</b>	<b>625</b>

### Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

Dem Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2016 folgende Bezüge gewährt:

in Tsd. Euro	2016			2015
	Gesamtvergütung	davon fixe Vergütung	davon variable Vergütung	Gesamtvergütung
<b>Dr. Jürgen Allerkamp</b>				
Gehalt	400,5	400,5	0,0	400,0
Erfolgsvergütung	100,0	0,0	100,0	100,0
Ausgleich Dienstwagen	7,4	7,4	0,0	0,0
Überlassung Dienstwagen	2,5	2,5	0,0	10,7
Sonstige Sachbezüge	0,2	0,0	0,2	0,0
	510,6	410,4	100,2	510,7
<b>Sonja Kardorf</b>				
Gehalt	309,1	309,1	0,0	307,4
Erfolgsvergütung	80,0	0,0	80,0	80,0
Ausgleich Dienstwagen	4,8	4,8	0,0	0,0
Überlassung Dienstwagen	4,8	4,8	0,0	10,2
	398,7	318,7	80,0	397,6
	<b>909,3</b>	<b>729,1</b>	<b>180,2</b>	<b>908,3</b>

Die Zahlung einer variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören unter anderem die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100 % ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

Die Bezüge und Rückstellungen für Pensionen für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen betragen im Geschäftsjahr 2016:

in Tsd. Euro	2016	2015
Gesamtbezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen	500,0	504,9
Rückstellungen für Pensionen früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen	6.410,6	6.742,1

Mitgliedern des Verwaltungsrats wurden folgende Aufwandsentschädigungen gezahlt:

in Tsd. Euro	2016	2015
Cornelia Yzer	12,0	12,0
Andreas Geisel	7,5	6,3
Dr. Margaretha Sudhof	7,7	6,0
Michaela Maria Eder von Grafenstein	8,0	8,0
Maren Kern	6,0	2,0
Dr. Dietrich Rümker	8,5	14,5
Nadja Bernstein	8,0	8,0
Michael Bomke	8,0	8,0
Swen Hoffmann	6,0	6,0
Michael Müller	0,0	1,2
	<b>71,7</b>	<b>72,0</b>

Mitgliedern des Vorstands und Verwaltungsrats wurden wie im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gewährt.

#### Berliner Corporate Governance Kodex

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der IBB vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK), welche Bestandteil der „Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen“ sind, wurden am 15. Dezember 2015 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

#### Offenlegung durch die Institute (Säule 3)

Die nach den Artikeln 435 bis 455 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in der jeweils geltenden Fassung i.V.m. § 26a Absatz 1 Satz 1 KWG erforderlichen Angaben werden in einem hierfür erstellten Offenlegungsbericht gemacht. Der Bericht ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

---

# Organe der Investitionsbank Berlin

## Vorstand

**Dr. Jürgen Allerkamp**  
Vorsitzender des Vorstands

**Sonja Kardorf**  
Mitglied des Vorstands

## Verwaltungsrat

**Ramona Pop**  
(ab 14. Februar 2017)  
(Vorsitzende ab 15. Februar 2017)  
Senatorin für Wirtschaft, Energie  
und Betriebe des Landes Berlin

**Michaela Maria Eder von Grafenstein**  
Sprecherin der Geschäftsführung  
der Aquila Capital Investment GmbH

**Cornelia Yzer**  
(Vorsitzende bis 8. Dezember 2016)  
Senatorin für Wirtschaft, Technologie  
und Forschung des Landes Berlin a. D.  
(bis 8. Dezember 2016)

**Maren Kern**  
Mitglied des Vorstands des BBU  
Verband Berlin-Brandenburgischer  
Wohnungsunternehmen e. V.

**Andreas Geisel**  
(stellvertretender Vorsitzender  
bis 14. Februar 2017)  
Senator für Stadtentwicklung  
und Umwelt des Landes Berlin  
(bis 8. Dezember 2016)  
Senator für Inneres und  
Sport des Landes Berlin  
(ab 8. Dezember 2016)

**Dr. Dietrich Rümker**  
(bis 31. Dezember 2016)  
Vorsitzender des Vorstands i. R.  
der Landesbank Schleswig-Holstein  
(seit 2003: HSH Nordbank AG)

**Katrin Lompscher**  
(ab 14. Februar 2017)  
(stellvertretende Vorsitzende  
ab 15. Februar 2017)  
Senatorin für Stadtentwicklung  
und Wohnen des Landes Berlin

**Nadja Bernstein**  
Mitglied des Personalrats  
der Investitionsbank Berlin

**Dr. Matthias Kollatz-Ahnen**  
(ab 14. Februar 2017)  
Senator für Finanzen des Landes Berlin

**Michael Bomke**  
Vorsitzender des Personalrats  
der Investitionsbank Berlin

**Dr. Margaretha Sudhof**  
(bis 14. Februar 2017)  
Staatssekretärin der Senatsverwaltung  
für Finanzen des Landes Berlin

**Swen Hoffmann**  
(bis 31. Dezember 2016)  
Mitarbeiter der  
Investitionsbank Berlin

**Tom Schuster**  
(seit 1. Januar 2017)  
stellvertretender Vorsitzender  
des Personalrats  
der Investitionsbank Berlin

---

# Mandate der Mitglieder des Vorstands der Investitionsbank Berlin

## Dr. Jürgen Allerkamp

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
Neue Dorint GmbH  
(bis 31. Dezember 2016)

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats  
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats  
Indus Holding AG

Mitglied des Aufsichtsrats  
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH<sup>1</sup>  
(bis 9. August 2016)

Mitglied des Aufsichtsrats  
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH<sup>2</sup>  
(ab 15. Dezember 2016)

Berlin, den 28. Februar 2017

Der Vorstand



Dr. Jürgen Allerkamp  
Vorsitzender des Vorstands



Sonja Kardorf  
Mitglied des Vorstands

<sup>1</sup> IBB Beteiligungsgesellschaft mbH verschmolzen auf die IBB-Holding GmbH  
<sup>2</sup> IBB-Holding GmbH in IBB Beteiligungsgesellschaft mbH umfirmiert

---

# Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Berlin, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, 1. März 2017

Ernst & Young GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frank Bühring  
Wirtschaftsprüfer

Olga Lingner-Fink  
Wirtschaftsprüfer

---

# *Versicherung der gesetzlichen Vertreter*

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, den 28. Februar 2017



Dr. Jürgen Allerkamp  
Vorsitzender des Vorstands



Sonja Kardorf  
Mitglied des Vorstands

---

# Impressum

## Herausgeber

Investitionsbank Berlin  
Unternehmenskommunikation  
Bundesallee 210  
10719 Berlin  
Telefon: 030 2125-0  
Telefax: 030 2125-2020  
[www.ibb.de](http://www.ibb.de)

## Konzeption und Gestaltung

Heimrich & Hannot GmbH  
Stralauer Allee 2  
10245 Berlin  
[www.heimrich-hannot.de](http://www.heimrich-hannot.de)



Investitionsbank Berlin  
Bundesallee 210  
10719 Berlin

Telefon: 030 2125-0  
Telefax: 030 2125-2020

[www.ibb.de](http://www.ibb.de)

